

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 106.

Montag, den 8. Mai 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Reichsverband.

(Schluß.)

Einen „dunklen Punkt“ im Leben des Reichsverbandes stellen seine Kassenverhältnisse dar. Darüber wird in den uns vorliegenden Jahresberichten des Vorstandes niemals etwas Genaueres gesagt, wie denn auch über gewisse andere Punkte (wir zitieren wörtlich) „aus begrifflichen Gründen der Öffentlichkeit näheres nicht mitgeteilt werden kann“. (Jahresbericht für 1907.) So sehr sich gerade der Reichsverband in zahllosen seiner Publikationen über die vor aller Welt offen daliegende sozialdemokratische Kassengebarung aufhielt: über seine eigenen Einnahmen und Ausgaben läßt er uns völlig im Dunkeln! Alle Vorstandsberichte speisen uns da mit ein paar ganz vagen Andeutungen ab. Und doch wäre es für die Öffentlichkeit so überaus interessant, gerade hierüber einmal etwas Näheres zu erfahren! Denn daß der Reichsverband die ungeheuren Unkosten seiner volksverblödenden Tätigkeit allein oder auch nur zu einem nennenswerten Teile aus den Jahresbeiträgen seiner jetzt wohl rund 200 000 Mitglieder decken könnte (Mindestbeitrag: 1 Mk. jährlich!) erscheint uns völlig ausgeschlossen. Nun sehen wir zwar vorhin schon, daß die Industriellen zum Beispiel zum großen Teile die Postkosten für die postalische Versendung der der jetzt fast 150 verschiedene Nummern umfassenden (und bis zu den Wahlen gewiß auf 200 Nummern steigenden) Flugblatt- und Broschürensammlung des Reichsverbandes tragen und auch sonst schon ist gelegentlich bekannt geworden, daß die Industrie in sehr zweckbewußter Weise dem Reichsverbande finanziell unter die Arme greift. So erzählte — der „Vorwärts“ hat seinerzeit darüber berichtet — am 5. Januar 1909 der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Herr Breithaupt aus Berlin, in einer in Klafeld (Wahlkreis Siegen) abgehaltenen Wählerversammlung: „Ich kann aus genauer Kenntnis der Dinge sagen, daß die hohen Beträge, die die Schwerindustrie, ich meine die Industrie des Westens, zahlt, in die Kasse des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie fließen.“

Man versteht, daß der Reichsverband ein Interesse daran hat, diese arten metallischen Beziehungen zu dem Ausbeutertum des Westens so viel wie möglich vor profanen Blicken zu verschleiern. Aber trotz dieser talkräftigen Unterstützung durch die Großindustriellen erscheint doch die Frage erlaubt: unterhält der Reichsverband vielleicht auch finanzielle Beziehungen zu Regierungskreisen? Wird er vielleicht auch aus irgend welchen, in ihren Einzelheiten der parlamentarischen Kontrolle bekanntlich völlig entzogenen „Dispositionsfonds“ gespeist? Die Frage liegt dem besonders nahe, der sich der außerordentlich intimen Beziehungen erinnert, die bekanntlich Fürst Bülow zum Reichsverbande unterhielt. Der Vorsitzende dieses Reichsverbandes, Herr von Liebert, war es ja, an den Fürst Bülow seine berühmte Hottentottenwahlproklamation, den famosen Silvesterbrief richtete. Und der Adressat dieses Briefes hatte genau vierundzwanzig Stunden vor der Reichstagsauflösung am 13. Dezember 1906, nämlich am 12. Dezember 1906, in der Hauptversammlung des Reichsverbandes die Hoffnung ausgesprochen können, die Reichsregierung werde sich entschließen, eine nationale Wahlparole zu schaffen, die keine andere sein kann, als: Kampf gegen die Sozialdemokratie bis zu deren Vernichtung.“

Als Herr v. Liebert diesen sehr unfreudigen Wunsch aussprach, mußte noch kein „gewöhnlicher“ Sterblicher etwas von der geplanten Reichstagsauflösung und auch er selbst gebärdete sich durchaus unwissend; am nächsten Nachmittag aber schon war die Auflösung zur Tatsache geworden, Herrn v. Lieberts ahnungsvolle Zuversicht war in Erfüllung gegangen. Ein Zusammentreffen, das gewiß auf sehr nahe — wenn natürlich auch nie offen zugegebene und nie exakt nachweisbare — Beziehungen zwischen Regierung und Reichsverband schließen läßt. Sollten diese Beziehungen heute, unter Herrn von Bethmann Hollweg, wirklich ganz eingeschlafen sein und sollten sie in keiner Weise einen — klingenden Charakter tragen? —

Wie dem aber auch sein möge: ob der Reichsverband außer mit eigenem und Industriellengeld auch noch mit Regierungsgeld arbeitet oder nicht: der unsaubere Feind darf nicht untergeschätzt werden. Wir müssen — und zwar gilt das für jeden einzelnen Parteigenossen — ein wachsameres Auge haben auf seine, meist im Dunkeln sich vollziehende Wählerarbeit, wir müssen von ihm im kommenden Wahlkampfe jedes Streiches, jedes

Aberrumpelungsversuches gewärtig sein. Aber andererseits liegt natürlich auch nicht die mindeste Veranlassung vor, die reichsverbändlerische Gefahr nun etwa zu überschätzen. Man müßte ja am deutschen Volke verzweifeln, wollte man ernsthaft fürchten, daß eine solche Organisation mit solchen Kampfmitteln wirklich mehr als Augenblickserfolge erringen könnte, daß sie einen dauernden, nachhaltigen Einfluß auszuüben vermöchte! Gewiß: viel ist auf jener Seite; es sind da die gewaltigen Geldmittel der Herrschenden, es ist da der gesamte amtliche Apparat, es ist da die verzweifelte Kraft einer Herrscherkaste, die die Tage ihrer Götterdämmerung herannahen sieht und nun, um ihre historische Längst zum Tode verurteilte Herrschaft zu verlängern, zu den skrupellossten und verwegentesten Kampfmitteln greift.

Aber auch was wir dagegen einzusetzen haben, ist wahrlich nicht wenig: es ist die lodende Begeisterung für unser hohes Ziel, es ist die felsenfeste Sicherheit unseres endlichen Sieges, es ist der unerschütterliche Glaube an das geschichtliche Recht unserer Klasse, die Gewißheit, daß mit uns die wirtschaftliche Entwicklung ist, es ist unser Mut, unsere vor nichts zurückschreckende Opferwilligkeit!

Und das ist etwas, was uns die auf den Mann dressierten Bullbullen des Kapitalismus nun und nimmer mehr nachmachen können — so sehr speziell auch der Reichsverband in den äußeren Formen der Organisation von uns gelernt haben mag! Deshalb können wir auch, allen Nachschaffern zum Trost, den kommenden Wahlkämpfen getrosten Mutes entgegensehen — wenn wir eben nur allesamt auf unserem Posten sind.

Bereit sein ist alles!

Politische Rundschau

Deutschland.

Um die Reichsversicherungsordnung.

Der Reichstag setzte am Sonnabend die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung fort. Man kam mit dem ersten Buch, das die allgemeinen Vorschriften enthält, zu Ende und begann trotz zahlreicher Rufe nach Vertagung noch mit dem zweiten Buch, das die Krankenversicherung enthält. Etwas weniger wirkungsvoll als tags zuvor waren ja, wenigstens in den ersten Stunden der Sitzung, die Vertreter der Mehrheitsparteien; aber je weiter man in der Beratung fortschritt, desto mehr wurde der Arbeitsblock wieder Trappistenblock. Am Regierungstisch war man nicht ganz so schweigmäßig wie am Freitag, hin und wieder sprach dieser oder jener Geheimrat. Einiges, wenn auch gewöhnlich nicht sehr Erhebliches. Wieder wurden alle Verbesserungsanträge, die von unserer Fraktion gestellt wurden, so die Anträge zugunsten der ausländischen Arbeiter, der Hausgewerbetreibenden, der Kleinmeister, abgelehnt; es war bezeichnend, daß der schlichte Mann aus der konservativen Potsdamer Werkstatte, Tischlermeister Pauli, am allereifrigsten gegen die Berücksichtigung des kleinen Mittelstandes zeterte. Ein nettes Stück konservativer Mittelstandspolitik! Die schweigsame Arbeitsmehrheit ließ nur ein paar kleine Abänderungen gütigst zu, die sich auf die Gemeinden und die Zahn-techniker bezogen. Einmal gab in einem Anfall von Ehrlichkeit Herr Dr. Pfeiffer, übrigens eines der anständigsten Mitglieder der Mehrheit, die Loderigkeit der Kommissionsfassung zu und vertröstete auf die dritte Lesung. Als man einen sehr wichtigen Paragraphen von einem sehr zusammengeschmolzenen Hause erledigen wollte, verwarf Genosse Bebel den Durchpeitschern das Spiel, indem er die Beschlußfähigkeit bezweifelte. Auch das wütendste und ohrenzerreißendste Läuten konnte an diesem sonnenabendlichen Beschlußunfähigkeitszustande nichts ändern. — Der undankbaren Aufgabe, der taubstummen Mehrheit gegenüber unsere Anträge zu verteidigen, lagen die Genossen Hilbrand, Busold, Hoch, Molkenbühr, Brey, Hue, Schmidt-Berlin, Albrecht, Brühne und in einer sehr bemerkenswerten Jungferrede Genosse Büchner ob.

Am Montag Fortsetzung.

Die tieferen Beweggründe des Sittenverfalls.

Der gottselige „Reichsbote“ hat wieder einmal die tieferen Beweggründe des Sittenverfalls entdeckt. In einer Betrachtung über einen Überfall auf den Straßen Berlins schreibt das Blatt: „Mit vollem Entsetzen nimmt der Chronist von diesen sich täglich mehrenden Erscheinungen eines bis in den innersten Nerv verdorbenen menschlichen Seelenlebens Notiz. Mit noch größerem Entsetzen aber erfüllt ihn die Erkenntnis der tieferen Beweggründe des hier gegebenen Sittenverfalls. Denn immer ist es dasselbe Motiv, das hier in Frage kommt: eine bis zur Maßlosigkeit gesteigerte Gier nach leichtem Gelderwerb, gepaart mit tödlicher Abneigung gegen jede ehr-

liche Arbeit, um dem ödesten sinnlichen Genußleben, oft in unsinnigster Weise, jedenfalls bis zum Überdruß, zu fröhnen. Wie kann es aber auch anders sein? Dank der Triviolität, mit welcher von einem gewissenlosen Partei- und Presbomagentum alles dem Menschen Heilige mit Füßen getreten und der materialistische Drang im Volkssystematisch gezüchtet wird, bewegt nur noch die Genußgier das Sinnen und Treiben der breiten Massen. Und wo sie namentlich die rohen Instinkte der halblaus aufgewachsenen Jugend belebt, an der sich auch die Schule vergebens versucht hat, da ist die Bahn freigemacht für jedes Verbrechen.“

In überquellender christlicher Milde fordert dann der „Reichsbote“ als Allheilmittel gegen den Sittenverfall „Verschärfung unserer Strafmittel“.

Reichstagsdispositionen.

Die Vorsitzenden der Kommissionen des Reichstages traten am Donnerstag unter dem Vorsitz des Grafen Schwerin-Pöwitz zu einer unverbindlichen Besprechung zusammen. Es handelte sich um die Festlegung der Tage, an denen die Kommissionen beraten sollen. Nach lebhafter Diskussion einigte man sich darauf, daß die Kommissionen stets Mittwoch und Donnerstag von 9 bis 1 Uhr verhandeln, an den anderen Tagen wird das Plenum bereits um 12 Uhr beginnen und soll um 6 Uhr abends enden, damit den Fraktionen der Abend für ihre Beratungen zur Verfügung steht. Eine Ausnahme ist nur für diese Woche getroffen worden, für welche als Kommissionsitzungstage Dienstag und Mittwoch bestimmt werden.

Die Abwehr der sächsischen Regierung.

Die sächsische Regierung veröffentlicht im nichtamtlichen Teil des „Dresdener Journals“ eine Erklärung gegen alle Kritiker, die sie beschuldigen, der Sozialdemokratie in letzter Zeit, insbesondere anlässlich der Konferenz für die Gemeindesteuerreform sowie anlässlich der Matseier zu weit entgegengekommen zu sein. Sie erinnert daran, daß sie durch die Nichtbeilassung sozialdemokratischer Gemeindevorstände bis in die letzte Zeit, sowie durch die Verhinderung der Heimarbeiterausstellung auf der hygienischen Ausstellung bemerken habe, daß derartige Vorwürfe unberechtigt seien. Was aber die Konferenz anlangt, so sei es notwendig gewesen, ohne Rücksicht auf politische Gesinnung Vertreter des praktischen Lebens zur Beratung hinzuzuziehen und da dürften die Arbeiter nicht fehlen. Es seien doch auch die Leiter der vaterländischen und der Hirsch-Duncker'schen Arbeiterbewegung geladen gewesen. Auf die Arbeitervertreter zu verzichten, bloß weil sie gleichzeitig Sozialdemokraten seien, wäre nicht nur engherzig, sondern sehr zweckwidrig und dilettantisch gewesen. Die Umzüge zur Matseier sind in Sachen ebenfalls wenig verboten worden, wie in Hamburg, München, Stuttgart. Die Regierung bezieht sich auf das Reichsvereinsgesetz § 7, wonach unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorhanden sein muß, wenn derartige Umzüge verboten sein sollen. Das sei aber nach den sächsischen Verhältnissen und nach den bisherigen Erfahrungen nicht der Fall. Anderwärts möge es anders gelegen haben, besonders in Preußen, wo wegen der Wahlrechtsreform und wegen der Mosbiter Tumulte die Spannung noch nachzittere. Es sei auch in Sachsen nirgends eine Störung der öffentlichen Ordnung vorgekommen, die Verweigerung wäre daher eine Ungerechtigkeit gewesen.

Die „eine wirkliche Mittelpartei“.

Im Reichstagswahlkreise Wiesbaden ist die Sammelkandidatur des Regierungspräsidenten v. Meißner wahrscheinlich geworden. Seine Auffassung ist in der Generalversammlung der konservativen Vereinigung beschlossen worden, auf der der Bündlerführer Lucke erklärte, auch der Bund der Landwirte werde „unverbrüchlich“ an dieser Kandidatur festhalten. Die Versammlung stimmte einer Resolution zu, in der die Mittelpartei, der sich v. Meißner zurechnet, als die Mittelpartei, verherrlicht wird.

Die Kreise des Bürgertums müßten durch Einigkeit zurückerobert werden. Diese Einigkeit, der Zusammen-schluß aller bürgerlichen Parteien, wäre die sicherste Grundlage des Sieges. „Sie herzustellen vermag aber nur eine wirkliche Mittelpartei, und als solche hat sich in den letzten zwei Jahren nur die Mittelpartei bewährt; sie hat in den Kämpfen, die in dieser Zeit das politische Leben beherrschten und die auch dem kommenden Wahlkampf sein Gepräge geben werden, stets zwischen rechts und links zu vermitteln gesucht.“

Das „Berliner Tageblatt“ meint, die Auffassung der freikonservativen Kandidatur werde vor allen den Nationalliberalen Herrn Bartling bitter enttäuschen, der in geschickter Vorrede sowohl dem Hanfband wie dem

Bund der Landwirte beirat. Nachdem ihm der Hansabund die Gefolgschaft verweigerte, erlebe er nun auch noch den größeren Schmerz, daß ihn weder der Landbund noch die Konservativen für den „geeigneten Einigungsman“ halten. Das sei für Bartling, der den Bündlern nachgelaufen sei, wie wenig Nationalliberale, besonders bitter.

Die erzwungene Einigung.

Auf dem Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für die Provinz Sachsen wurde den Nationalliberalen das Ultimatum gestellt, entweder die nationalliberale Kandidatur gegen den fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Wiemer in Nordhausen zurückzuziehen, oder sich damit abzufinden, daß auch den Nationalliberalen in den anderen Kreisen der Provinz Sachsen fortschrittliche Kandidaten gegenübergestellt werden. Die Nationalliberalen sind dem auch schnelligst zu Kreuze gekrochen und haben dem Abg. Dr. Wiemer von der für ihn höchst bedrohlichen Gegenkandidatur befreit. Das Wahlabkommen hat nunmehr folgende Gestalt angenommen:

Den Nationalliberalen fallen zu die Wahlkreise: 1. Salzweil—Gardelegen, 2. Osterburg—Stendal, 3. Neuhaldensleben—Wolmirstedt, 4. Wanzleben, 5. Kalbe—Mehnerleben, 6. Halberstadt, 7. Lützen—Lützenwerda, 8. Sangerhausen—Eckartsberga, 9. Erfurt.

Der Fortschrittlichen Volkspartei fallen zu die Wahlkreise: 1. Jerichow, 2. Wittenberg—Schweinitz, 3. Halle, 4. Mansfeld, 5. Wierseberg—Querfurt, 6. Naumburg—Zeitz, 7. Nordhausen, 8. Mühlhausen—Langensalza.

Im Wahlkreise Stadt Magdeburg unterstützen beide Parteien die wilhliberale Kandidatur Kobelt.

Im preussischen Abgeordnetenhaus

wurden auch am Sonnabend bei der Fortsetzung der Beratung der Sekundärbahnvorlage nur lokale Wünsche vorgebracht. — Die Debatte wird am Montag fortgesetzt.

Die Impffrage.

Angeregt durch die Verhandlungen des Reichstages über die Impffrage hat die preussische Regierung eine Konferenz der preussischen Medizinalräte zusammenberufen, die sich zu der Angelegenheit äußern sollte. Die Beratung bezog sich auf die Bedeutung und Durchführung der Schutzimpfung und auf die Frage, ob und inwieweit eine Abänderung des Reichsimpfgesetzes zulässig erscheine. Diese Frage wurde nach eingehender Erörterung einstimmig verneint und Schutzimpfung als das unentbehrliche Mittel zur Verhütung der Pocken anerkannt.

Kleine Aktien für Kiautschou.

Der seltene Fall, daß die Regierung eine in der laufenden Session vom Reichstage abgelehnte Vorlage noch einmal einbringt, ist mit dem Gesetzesentwurf über die Ausgabe kleiner Aktien für Kiautschou eingetreten. Nach deutschem Recht können Aktien nur auf den Betrag von mindestens 1000 Mk. ausgegeben werden. Die Vorlage will nun, daß für Kiautschou und für die ostasiatischen Konsularbezirke diese Summe auf 200 Mk. herabgesetzt werden soll. Das wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß auch nach englischem Recht kleine Aktien ausgegeben werden dürfen. Die Regierung behauptet nun, daß in den in Frage kommenden Gebieten das deutsche Kapital unter englischem Einfluß gedrängt werde, denn um kleine Aktien ausgeben zu können, stellen sich deutsche Gesellschaften unter englisches Recht. Bei den Chinesen werde dadurch aber die Anschauung erweckt, als ob die Deutschen selber die englischen Rechtsansichten für besser hielten und ihre eigenen Ansichten für unbrauchbar und veraltet an sähen. Die Mehrheit des Reichstages gelangte aus zwei Gründen zu ihrem ablehnenden Votum: 1. befürchtete man, daß die Ausgabe von kleinen Aktien schließlich auch für das Gebiet des Reiches eingeführt werden könnte; 2. daß diese kleinen Aktien der Gegenstand einer wilden Spekulation werden könnten. Mittlerweile kamen aus Kiautschou und aus Ostasien Petitionen an den Reichstag, die der Petitionskommission überwiesen wurden und die Kommission beschloß, sie der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Das hat die Regierung veranlaßt, den Gesetzesentwurf noch einmal einzubringen. Ob mit besserem Erfolge, wird abzuwarten sein.

Rußland.

Der Prozeß von 25 Politischen. Aus Petersburg wird uns vom 5. Mai geschrieben: Soeben ist vor der Petersburger Gerichtskammer ein hochpolitischer Monstreprozeß zu Ende geführt worden. Es handelte sich um 25 Angeklagte, darunter mehrere Studenten, die beschuldigt waren, zum Petersburger Komitee der Sozialrevolutionäre gehört und den Grundrissen der Gruppe der „Magimalisten-Sozialisten-Revolutionäre“ gebildet zu haben. Die Hauptbeschuldigungen beziehen sich auf Aktionen und Absichten aus einer Zeit, die bereits über drei Jahre zurückliegt. So sollen die Angeklagten im Juni und im November 1907 an zwei sozialrevolutionären Parteikonferenzen teilgenommen haben. Obgleich alle Angaben nur von zwei verdächtigen Subjekten aus der Mitte der Gruppe selbst, von zwei Beratern namens Minin und Großmann, stammten, obwohl die sonstigen Belege dagegen (wie Vorladung ganz unweiblicher illegaler Schriften) völlig nichtsagend waren, wurden doch sämtliche Angeklagten zur Deportation verurteilt.

Amerika.

Auch eine Friedensfundgebung. Neulich hat, wie wir berichteten, der Präsident Taft auf einem Friedenskongreß eine Rede gehalten, in der er versicherte, die Vereinigten Staaten hätten großes Gebiet und dächten nicht an weitere Ausdehnung. Nun hat im Repräsentantenhaus einer seiner Parteigenossen die richtige Erläuterung dieser Friedensrede gegeben. Socht, Kongreßmitglied für Pennsylvania, prophezeite den Einmarsch der amerikanischen Truppen in Mexiko für die nächste Zukunft. Er erklärte, die Vereinigten Staaten brachten das Reich und seien im Begriff, den Lockungen des Goldes und dem Reize des Abenteuerers zu folgen. Er glaubt, Taft werde sich

nicht widersetzen. Seit Jahren nähmen die Vereinigten Staaten alles, was Europa nicht wolle. Focht spielte hierbei auf die Philippinen an, die den Weißen eine Last seien, und fragte, warum Amerika nicht etwas in Besitz nehmen könne, was der Mühe wert sei. Focht sagte auch eine schließliche Union mit Kanada durch die Vereinigten Staaten voraus und erklärte, die Mehrheit des kanadischen Volkes sei der Union geneigt. — Sicher entspricht diese Rede mehr den Gefühlen der Yankees, als Tafts heuchlerische Zufriedenheit.

Aus Lübeck und Nahbargebieten.

Montag, den 3. Mai.

Wegen der Manufaktur sind Differenzen in der Wandfließfabrik Dänischburg (Villeroy u. Boch) ausgebrochen, deshalb ist der Betrieb für Schlosser, Dreher, Maurer, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zugang nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zum Kampfe im Tapezierergewerbe. Von der Streikleitung wird uns geschrieben: Im Streit der Tapezierer ist bis jetzt noch keine Änderung eingetreten. Die Stimmung der Streikenden ist nach wie vor sehr gut. Die Firmen Schramm und Horstmann lassen ihre „erstklassigen“ Erzeugnisse von sogenannten Volontären anfertigen. Ob diese jungen Leute zwischen 15 und 20 Jahren auf die Dauer imstande sind, die Kundschaft dieser Geschäfte zu befriedigen, erscheint wohl sehr fraglich. Einige der Arbeitswilligen haben den richtigen Kern ihrer Tätigkeit erkannt und haben die Arbeit wieder eingestellt. Zwei Meisterlöhne und ein Beamtenlohn können sich absolut nicht entschließen, zu den Streikenden „herabzusteigen“. Bezeichnend für die Unternehmung ist, daß gerade die erstklassigen Geschäfte sich weigern, den geforderten Lohn von 58 Pfg. pro Stunde bei neunstündiger Arbeitszeit zu bezahlen. Und diese Geschäfte sind es, die sich für ihre Gehilfen teilweise 1,20—1,50 Mk. pro Stunde von der Kundschaft wieder bezahlen lassen. Am meisten aber sträuben sich diejenigen Meister gegen unsere Forderungen, die die Mehrzahl in der Innung bilden, und das sind solche, die während ihrer ganzen „Meisterzeit“ noch keinen Gehilfen beschäftigt haben, aber jetzt durch den Streit vielleicht in die Lage kommen sich zu Anfang mal „meisterlich“ auszuweisen. Hinter dieser Innung verstecken sich nun die Inhaber der größeren Geschäfte und erklären nur durch diese verhandeln zu wollen, trotzdem diese Herren ganz genau wissen, daß der größte Teil der Innung absolut kein Interesse an der Beilegung des Streiks hat. Also heißt es weiter kämpfen für die durchaus gerechten Forderungen.

Gelesen wie telegraphiert. Bei der telegraphischen Berichterstattung über die hiesigen Streikbrecherprozesse hat sich das bekannte offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau wieder als Täuschungsbureau bewährt. Man vergleiche die nachstehende, von zahlreichen bürgerlichen Blättern veröffentlichte Wolff-Depesche mit dem wirklichen Ergebnis des Prozesses, wie es sich aus den von uns gebrachten ausführlichen Berichten ergibt:

W. Lübeck, 5. Mai. (Telegr.) Das Schwurgericht verurteilte nach vierstündiger Sitzung neun Angeklagte wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von einem bis fünf Jahren. Die Angeklagten, meist aus Essen (Ruhr) gekommen, waren während eines Ausstandes bei der Lübecker Maschinenbaugesellschaft als Arbeitswillige tätig. Sie begaben sich eines Abends bewaffnet aus dem auf der Land- und Wasserseite mit Streikposten umgebenen Fabrikgelände gemeinsam zu einer Biererei in die Stadt. Sie gerieten mit Unbeteiligten in einen Streit, der in eine allgemeine Schlägerei und Schlägerei ausartete. Das Gericht war der Meinung, daß die Bewaffnung nicht erforderlich gewesen sei.

Mit erstaunlicher Fingerfertigkeit ist bei der Abfassung dieser Depesche alles, was der Prozeß über das gemeingefährliche Treiben des Streikbrechergeheides enthüllte, derart verbüllt wiedergegeben, daß der Leser sich einbilden muß, die ehrenwerten Arbeitswilligen seien nicht bloß einem planmäßigen Komplott der Streikposten, sondern hinterdrein auch noch einer grausamen Justiz zum Opfer gefallen.

Dabei hat das Gericht in der Urteilsbegründung folgendes festgestellt: „Es ist von den Angeklagten betont worden, daß sie aus Furcht vor Bedrohungen seitens der Streikenden die Waffen mit sich genommen hätten. Festgestellt werden muß demgegenüber, daß kein Anlaß zur Furcht vorlag. Die Verhandlungen haben keine Momente dafür ergeben, daß die streikenden Lübecker Arbeiter den Angeklagten irgendwie Anlaß gegeben haben zu ihren rüchlosen Ausschreitungen.“

Wolffs Telegraphenbureau hat sich also, indem es die Schwärze von dem „auf der Land- und Wasserseite mit Streikposten umgebenen Fabrikgelände“ und der „allgemeinen Schlägerei“ in die Welt hinausdepeschierte, einer großartigen Entstellung gerichtlich festgestellter Tatsachen schuldig gemacht. Es hat auch den angeblichen „Streit“, in den die Streikbrecher mit Unbeteiligten „geraten“ sein sollten, aus den Fingern gelogen, denn die Gerichtsverhandlung hat nur ergeben, daß die Hingebredler aus verbrecherischer Neigung wehrlose Menschen überfallen, in vielfacher Weise mißhandelt und sich ihrer Brutalität nachträglich noch gerühmt haben. Das Urteil, das immerhin auf mehrere hohe Gefängnisstrafen lautet, ist milde, wenn man die Schwere der Verbrechen mit den geringfügigen Vergehen vergleicht, um deren willen oft organisierte Arbeiter zu gleich schweren Strafen oder noch härter verurteilt wurden. Man denke nur an die Zuchthausurteile in Bremen gegen Frauen und jugendliche Personen, deren Vergehen harmlos waren im Vergleich zu den wüsten Schandthaten der Lübecker Streikbrecher.

Wenn das Wolffsche Telegraphenbureau dieses Verbrechergeheide in seinen besonderen Schutz nimmt und um seinetwillen die gesamte Presse falsch unterrichtet, geschieht das offenbar aus denselben „edlen“ Motiven, aus denen schon immer die Streikbrecher als die „besonders nützlichen Elemente“ des deutschen Volkes gepriesen wurden.

Ein außerordentlich stark besuchter Kommerz fand am Sonnabend abend aus Anlaß des 26. Verbandstages des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine im Gewerkschaftshaus statt. Vorträge der vereinigten Arbeitergewerkschaften, des Opernjüngerspaars Haas und Frau sowie orchesterale Darbietungen und gemeinsame Gesänge bildeten das interessante und abwechslungsreiche Programm. Von Frau Zimmermann wurde folgender vom Genossen Rasch in Hamburg verfaßter Prolog den Kommerzteilnehmern zu Gehör gebracht:

Alt-Lübeck grüßt: Was klug geeinte Kraft
Fährhundertlang bewußt und klug geschäft,
Ihr schaut's an wuchtigen Toren, hohen Türmen,
Ihr seht's an trug'ger Häuser fester Zier,
Die heut' noch freudig Hohn lacht allen Stürmen!

Die alte Zeit, die ehrfurchtlich lehrt,
Wie man für Gutes wirkt und Bösem wehrt,
Gemeinsam, all ein Wollen und ein Streben,
Sie zeigt euch auch des eignen Trachtens Kern,
Weist euch den Trimm', aus dem euch quillt das Meer.

Schaut hin auf dieser Stadt Vergangenheit:
Das ist ein Blick, der macht die Herzen weit
Und reißt das Hirn zu fruchtbarstem Denken!
Das Auge auf! Laßt lauschen euer Ohr
Und euch ins Reich der freien Hause lenken!

Vom Themsestrande bis in Rußlands Herz,
Von Hollands Grachten bis zu Schwedens Erz,
Von Nordlands Klippen bis zu Sachsens Saaten,
Grub die Geschichte unauslöschlich ein
Des Lübeck's Bürgertums glorreiche Taten.

Gemeinsamkeit! Einheit! Genossenschaft!
Ob man zu raschem Tun sich aufgerafft,
Abtugem Rauberpack die Kunst zu legen,
Ob Königen man Machtgebote sprach:
Das Volk — ein Mann! So war es allerwegen.

So war's im Ringen um der Erde Gut:
Genossenschaft stritten mit der Flut
Des Meeres um der Tiefen Silbergrube
Und trieben sie in Nebel, Eis und Nacht
Trotz Sturmesbraus in ihre braunen Netze.

Wo blutigrot die Sonn' am Witternacht
Am Himmel strahlt, wo schaurig schöne Pracht
Das Nordlicht gleißt auf die befeisten Firne,
Da bot der Lübeck'schen Eichenplanen Wucht
Nordluftigen Nordmeeres Wogen lech die Stürme.

Kostbare Ladung barg das düitre Schiff,
Wenn windgepeitscht es zwischen Strand und Riff
Zur fernem Heimat seinen Kiel lech gleiten,
Bis ihm am Sund der Weggefährte kam
Von Schonens Rüste, tren es zu geleiten.

Dort stand im Dünenlande Haus an Haus,
Dort klang in Sommersglut, wie in Gebraus
Des Winterschneesturms klirrer Küperchlegel,
Bis Fah an Fah gefüllt mit Fisch und Salz
Fortrug zum Trabenport geschwelltes Segel.

Und dort? Welch mannigfaltig bunt Gemühl!
Aus Finlands Riesenswäldern dicht und kühl
Bracht' man des Jockels Belz, der Hermelne,
Vom Eismeer kam des Bären weißer Walg,
Daß schönem Frauenfuß er duldbend diene.

Des mächt'gen Elchs Gewandung und Bewelh
Bot hier man feil, dort standen Reih an Reih
Die Tonnen Leers, des Schiffes Rumpf zu bichten,
Samt Hanf und Flachs, dort Eisen, Holz und Salz,
Dort Wein und Korn zu leckeren Gerichten.

Und nach der Fahrt, da gab es feuchte Raft,
Da fleg die Luft zu Thron nach Mäh und Raft,
Da ging's zu hohem Krieg mit Malz und Hopfen,
Da hielt die harte Want magnetisch fest,
Bis daß schlundabwärts rann der letzte Tropfen.

Noch ragt das Haus, wo diese Brüderschaft
Dem Trunk gefrönt nach langer Arbeitshaft,
Und predigt laut: „Vereint in Freud' und Leiden,
Als treue Kampfgenossen jederzeit —
Um dieses Glück mag uns die Nachwelt neiden!“

Und heut? Versunkne Schätze heben wir!
Zu neuem Glanz der alten Lage Zier,
Zur Kraft des Tags die Kraft des Glanz zu wandeln, —
Das ist das Ziel, dem unser Mühen gilt,
Das uns bestimmt im Denken und im Handeln!

Genossenschaft — uralt das Wort, der Sinn!
Der Menschheit wachsend Werden liegt darin,
Die Kraft, die sie erhob aus dunklen Tiefen
Und zauberstark zu dauerndem Gewinn
In ihr die Künste roch schaltend, die noch schliefen!

Ein Opfer wird noch schaltender Gewalt
Der Einzelne; ihm leihst erst Schutz und Halt
Vereintes Wirken denkender Genossen!
Da liegt der Schlüssel, der das Wunderreich
Uns der Kultur als unser Reich erschlossen.

In neuer Schale alten, guten Kern!
So seht's! Zwar noch dem großen Ziele fern
Stehn wir, Wadlucher für die vielen andern,
Die noch nicht fanden ihren Reifestab, —
Fern noch dem großen Ziele — doch wir wandern!

Genossenschaft — nicht mehr ein schöner Traum!
Seht diesen hohen, lichterfüllten Raum:
Genossenschaft der Grund, dem er entstieg!
Genossen all, die sich ihm freudig nahen
Gleich Bienen, die zum Bienentorbe fliegen!

Kein schöner Traum! Wahrheit und Wirklichkeit
Die goldne Weisheit längerer gangener Zeit,
Die lang vergeffen war und lang verschollen!
Wahrheit und Wirklichkeit einst überall,
Wenn wir, was wir als recht erkannt, nur wollen.

Wie heißt der Spruch am alten Holstentor?
„Eintracht im Hause, Friede draußen vor!“
Das war altüberfener Bürger schönstes Hoffen.
Ist nicht auch unser heißer Herzenswunsch
In diesem frommen Ahnenwort getroffen?

Vorm Tore Friede? Ach, da dräut der Haß
Selbsthüch'tgen Feindes! Ohne Unterlaß
Berennt er beutegierig unsre Mauern
In grimmem Zorne, daß so lang sie schon
Sein unablässig Wüten überdauern!

Und er wird siegen, wenn des Spruchs Beginn
Uns mangelt! Dieser Worte tiefer Sinn
Birgt unsre Zukunft, Kampf zugleich und Siegen!
Eintracht daheim! Friede am eignen Herd!
Wer das wahr, nimmer kann er unterliegen!

August Rasch.

Das Lübeck'sche Bürgerrecht erwarben im April
64 Personen.

Achtung, Schiffer. Die sämtlichen bei der Elmshorner Dampfseppschiffahrt - Aktien - Gesellschaft beschäftigten Schiffer haben die Arbeit eingestellt. Über den Betrieb ist vom Deutschen Transportarbeiterverband die Sperre verhängt worden. Die Hafnarbeiter und Schiffer dürfen bei der Firma keine Arbeit verrichten, resp. sich als Schiffer annehmen lassen. Die Schiffer dieser Gesellschaft waren gezwungen, sämtlich ihre Kündigung einzurufen, weil ihnen ein Lize aufzuerzwingen werden sollte, den sie durch seine frühere Tätigkeit zu genau kannten. Die Gauleitung des Verbandes versuchte zu vermitteln, was jedoch abgelehnt wurde. Die mit dem Ausschicht und der Firma gepflogenen Verhandlungen blieben resultatlos. Die Schiffer beharren auf ihrer Kündigung, die heute, Sonnabend, abgelaufen ist. Darum, Schiffer aller Orts, beweist Eure Solidarität!

Personalien. Der Senat hat den Landrichter Landgerichtsrat Dr. Sommer und den Oberamtsrichter Amtsgerichtsrat Dr. Hunt auf ihr Ansuchen in den Ruhestand zu versetzen beschlossen, desgleichen den Lotzen Böbs.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat April 1911 beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommenssteuer 12942,39 Mk., Wertwachstumssteuer 91, — Mk., Grundsteuer 11991,81 Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 14843,58 Mk., Veräußerungsabgabe 16474,99 Mk., Stempelabgaben 9079,60 Mk., Schiffsabgaben 28993,08 Mk., zusammen 94424,45 Mk. gegen 37406,55 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin im April 1911 mehr 23246,48 Mk.

Gewerbegericht. Auf dem Hochofenwerk ist auch eine Musikkapelle in Tätigkeit, die in einsamen Nächten ihre Weisen ertönen läßt, um dort, wo sonst nur schwerste Arbeit des Lebens höchstes Ziel ist, auch mit kräftigen Trompetenschlägen den Widerhall in bedrängten Herzen klingend und singend zu wecken für fröhliches Tun. Es ist eine Werkkapelle, aus Arbeitern zusammengesetzt, bei der auch gelehrte Musiker angestellt sind — im Nebenamt. Die Hauptsache ist die Arbeit des Tages, das Verknüpfen, die Musik kommt nach Feierabend. Zu dieser Kapelle zählt auch der Musiker St. Er wurde als Arbeiter und Musiker angestellt, ein Tagelohn von 3,50 bis 4 Mk. ward ihm versprochen. Die Klänge wurden den gelehrten Musikern bezahlt, als Entschädigung für die Nachtmusik (Wall, Konzert, Dienstmusik) konnten die Musiker den anderen Morgen ausruhen und bekamen von abends 8 Uhr bis morgens 2 und 3 Uhr 3 Mk. Als der Kläger St., der 50 Mark unberechtigten Abzug für Instrumente und Noten einbrachte, nach sechs Wochen seinen ersten Lohn erhielt — vorher gab's Vorstuf — sah er auf dem Lohnzettel nur einen Tagelohn von 3,25 Mk. verzeichnet. Auf Reklamation wurden ihm 3,50 und später 3,60 Mark bezahlt, trotzdem 4 Mk. versprochen waren. Auf einmal wurde St. entlassen und insgesamt 50 Mk. für die Musiktaffe abgezogen, wie der das Hochofenwerk vertretende Direktor Scharbau an der Hand einer kleinen Aktenmappe bestonte, mit Recht, denn das Geld sei für Anschaffung neuer Instrumente und Noten, die der Kläger auch benutzt habe. Richtig ist, daß St. ein Instrument des Wertes benutzt hat, jedoch nur, weil ihm ein anderes zugeteilt wurde, als er sonst spielte, für das er angestellt wurde und das er neben der Geige eigen besaß. Die Noten hatte St. freilich benutzen müssen, neue wurden während seiner Anwesenheit nicht angeschafft. Schließlich wurde gesagt, der Abzug — der übrigens bei der Anstellung nicht bestimmt festgestellt wurde — würde zur event. Anschaffung von Uniformen verwendet. Der Kläger hat eine zahlreiche Familie und konnte nicht gleich wieder die Stellung verlassen; er war gezwungen, die Einkäufe auf dem Werke zu teuren Preisen zu machen und durch die Entlassung gingen ihm auch die Prozente verloren. Schließlich bekam er aus der Untersuchungskasse 30 Mk., die der Direktor als außerordentliche Entschädigung hervorhob und damit die Unbilligkeit der Forderung des St. beweisen wollte. Der Kläger behauptet, die 50 Mk. seien ihm zu Unrecht abgezogen worden und vertritt sein Recht auf diese Summe recht geschickt. Der Vorsitzende erucht den Direktor, wenigstens 20 Mark zu bezahlen, dann seien die 50 Mk. voll und die Sache aus der Welt. Aus Prinzip weigert sich der Vertreter des Hochofenwerks gegen diesen Vergleich, der Angeklagte habe nichts zu fordern, seine Entlassung sei geschehen, weil er zu viel gebummelt und in der Kantine gefressen habe. Die Musiktaffe sei zum allgemeinen Besten und zu diesem Zwecke auch die Abzüge der Musiker, die sich alle gefallen lassen mußten. Die Verhandlung wurde vertagt, es soll ein weiterer Zeuge geladen werden, der mit St. die Abmachung getroffen haben soll. — Der Arbeiter G. klagt gegen den Töpfermeister W. auf Zahlung von 92 Mark, die ihm unberechtigterweise vorenthalten wurden. Er berechnete die Schachtrute bisher 12 Fuß lang und breit und 1 Fuß tief, da fiel es W. einmal ein, die Handwerkskammer anzurufen, die das Maß von 14 zu 14 Fuß feststellte. Bei Annahme der Arbeit wurde vereinbart, nach dem alten Maße zu berechnen, wie ein 24 Jahre mit der Arbeit beschäftigter Mitarbeiter G. bezeugte. Dieses Zeugnis des 76jährigen Mannes war für das Gericht maßgebend, und der Vertreter der Beklagten legte als Vergleich 91 Mk. auf den Tisch, womit sich der Kläger zufrieden gab. — Gegen G. ging ein Verurteilungsbescheid, nach dem er dem Kläger D. 6,85 Mk. zahlen hat. — Der Arbeiter W. klagt gegen den Unternehmer W. auf 10,85 Mk. Lohn. Er hatte die Arbeit zuerst im Afford ausgeführt, kam nicht auf seine Rechnung und behauptet, es seien ihm 4 Mk. Tagelohn versprochen worden. Behauptung stand gegen Behauptung, bis sich nach langem Drängen seitens des Vorsitzenden der Kläger mit 6 Mk. zufrieden gab. — E. klagt im Namen seiner Frau, einer Damenschneiderin, gegen drei junge Mädchen, die ihre Stellung kündigungsgelöst verlassen hatten. Aber die Kündigung waren Vereinbarungen nicht getroffen, es galt also die gesetzliche Kündigungszeit. Bei einem Mädchen sagte die Frau nur: „Schön“, als es sagte, es komme am Montag nicht mehr. Dieses Wort gilt als Einverständnis, während die andern beiden je 10,80 Mk. an die Klägerin zu zahlen haben. Die Mädchen verdienten nur 1,80 Mk. den Tag, müssen aber den in Lübeck ortsüblichen Tagelohn für weibliche Arbeiterinnen über 16 Jahre von 1,80 Mk. für eine Woche bezahlen. — Der Tischler B. klagt gegen Schr. auf 14 Bfg. Lohn, der ihm für verspäteten Arbeitsantritt zu Unrecht einbehalten wurde. B. behauptet, rechtzeitig dagewesen zu sein. Der Beklagte will aus Prinzip die Angelegenheit dem Schiedsgericht überweisen haben, wogegen sich der Kläger wehrt. Es sei keine Klage aus dem Arbeitsverhältnis, über das das Schiedsgericht zu urteilen hätte, sondern sie sei erst nach Lösung des Arbeitsverhältnisses entstanden. Auch der Vorsitzende behauptet, die Sache gehöre, solange der Vertrag besteht, vor das Schiedsgericht, bittet aber den Beklagten, wegen der geringfügigkeit des Objekts zu begleichen. Dagegen wehrt sich Schr., für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sei allein das Schiedsgericht zuständig. Der Kläger habe sich ungenügend benommen, er könne nicht anders handeln. Schließlich zieht B. die Klage zurück mit der Bemerkung, er habe nur so geantwortet, wie ihm entgegengetreten worden sei. — Der Buchbinder R. klagt gegen den Buchdruckereibesitzer Ka. auf Zahlung einbehaltener 3,69 Mk.

Lohn für den 2. Ostertag. Auch hier beruft sich die Beklagte auf das Schiedsgericht, von dem der Kläger behauptet, daß es noch garnicht gebildet sei, der Vorsitzende seines Verbandes habe ihm dies bestätigt. Ka. dagegen läßt sich auf keinen Vergleich ein, weil eben das Prinzip die Rolle spiele. Das Schiedsgericht sei vorhanden, es brauche nur einberufen zu werden, so lange der Vertrag existiere, müsse er auf dessen Entscheidung bestehen. Darin pflichtet ihm der Vorsitzende bei. Die Klage wird einstweilen zurückgestellt, bis der Kläger mit dem Vorsitzenden seines Verbandes sich Rechtsbelehrung auf der Gerichtsschreiberei geholt hat.

Schwurgericht. Ein dunkler Ehrenmann stand am Sonnabend in der Person des sogenannten Bauunternehmers Ottenlanger vor den Geschworenen. Mitangeklagt sind der Tapezier Bornemann und die Näherin Borrath aus Rughaven. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Schrader, Beisitzer waren die Landgerichtsrate Dr. Sommer und Dr. Kulenkamp. Staatsanwalt Dr. Vanda vertrat die Anklage. Von den drei Verteidigern Munde, Dr. Landau und Bienerl wurden acht Geschworene abgelehnt, die höchste zulässige Zahl. — Der 44jährige Angeklagte Ottenlanger hat dem früheren Rechnungsführer Lange zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, indem er ihn wegen Meineid denunzierte. In einem Opfer hatte dieser Ottenlanger aber nicht genug, er hatte noch ein weiteres in den Krallen, mit dem er gewalttätiger umspringen konnte als mit dem „geschäftsgegenwärtigen“ Maller Lange. Und trotzdem leisteten beide zugunsten Ottenlangers einen Fallscheid bei seinem Ehecheidungsprozeß. In dem heutigen Falle ging die Sache so zu: Ottenlanger lebte von seiner Frau getrennt und wohnte in Schwartau. Er brauchte eine Haushälterin; weil aber Geld in seinen Händen sehr flüchtig und er von Hause aus ein armer Teufel war, so suchte Ottenlanger, im „General-Anzeiger“ eine solche Hilfe, die Vermögen hatte. Von den 49 Offerten griff der Angeklagte ein Fräulein Borrath heraus, die zwei Vorzüge hatte: erstens verlangte sie den niedrigsten Lohn und zweitens hatte sie 18—20000 Mk. Erbschaft von ihrem Vater zu erwarten. Die Borrath wollte vor allem etwas Familienanschluss. Den fand sie bei Ottenlanger mehr, als eine ordentliche Haushälterin verlangt. Um zum Zwecke zu kommen, zeigte Ottenlanger seiner Hausgenossin eine Villa in Schwartau, die er ausbathieren wollte und versprach ihr die Heirat, sobald seine Scheidung durchgeführt sei. Um Frau Bauunternehmer zu werden, gab sich Fräulein Borrath dem Ottenlanger auf Drängen hin, der sein Opfer denn auch nicht schonte. Bald kam der Ehecheidungsprozeß, vor dem er seine Haushälterin derart einschüchterte, daß sie zu seinen Gunsten bejahte, mit ihm keinen intimen Verkehr gepflogen zu haben. „Sei nur nicht bange vor Gericht, Du kannst niemand beweisen, ob Du die Wahrheit gesagt hast oder nicht. Leugnest Du unser Verhältnis nicht, kannst Du meine Frau niemals werden; schließlich kommt Du doch wegen Ehebruch ins Gefängnis.“ Das waren die Worte, mit denen Ottenlanger wiederholt die Hingebung des Frä. Borrath lobte. Ottenlanger wollte selbstverständlich wieder heiraten, aber Geld — Geld — das mußte vorhanden sein, um den Liebesbund zu beschließen. Die Borrath hatte nicht nur den nervus rerum in Aussicht, sondern — nach Ottenlangers Auffassung — eine aufrichtige Liebeshingebung, die abzuwehren er vergeblich versucht habe. Der arme Mann, gegen den seine Frau die Scheidung wegen vielfachen Ehebruchs angeklagt hatte, unterlag dem Liebeswerben der Borrath. Das Mädchen hatte bereitwillig mehr Angst vor dem Gefängnis als vor der Trennung Ottenlangers und so sagte sie unter seinem Drucke die Unwahrheit vor der 3. Zivilkammer. Ottenlanger hatte nun vor den Geschworenen eine Anwendung von Erbarmen — nicht für das von ihm verfolgte Mädchen, wie sich gleich nach seiner Aussage ergab. Er behauptete, die Borrath habe erst nach der Scheidungsklage mit ihm intimen Verkehr, habe also vor Gericht keinen Fallscheid geleistet. Dadurch wäre zwar das Mädchen gerettet gewesen und er selbst. Das letzte war der Zweck seiner jehischen Regelung. Frä. Borrath bekannte jedoch ihre Schuld und sagte ganz bestimmt aus, daß Ottenlanger sie noch am Bahnhof in Schwartau mit der ihr drohenden Strafe wegen Ehebruchs eingeschüchert habe. Darauf verliest der Vorsitzende einen Brief, den der Untersuchungsgefängene Ottenlanger seinem Schwager zugesetzt hatte, der aber abgefangen wurde. In diesem Brief wird sein Schwager beschworen, er solle einzeln auf die Beteiligten eindringen, damit sie nur sagten, „was sie wußten“. Die Borrath habe er nur belastet, weil sie ihn wegen Erpressung angezeigt habe. Würde es herauskommen, daß sie beide Ehebruch getrieben, könnte aus der Heirat doch nichts werden. Um die Heirat war's Ottenlanger weniger zu tun als um Geld. Er war vorsichtig, erkundigte sich bei einer Auskunft über die Verhältnisse der Borrath, und die Auskunft lautete, der Vater des Mädchens habe ein Vermögen von etwa 50000 Mark, das unter zwei Kindern verteilt werde. In überflüssiger Worffülle erzählte Ottenlanger den Hergang, schob alle Schuld dem Mädchen zu, konnte jedoch auf den zweiten Punkt der Anklage, die Erpressung, nicht recht kommen. Nachdem die Borrath den Meineid geleistet, hatte sie Ottenlanger in der Hand. Er verlangte von ihr 500 Mk. Schadenersatz, weil sie ihm eine Lampe und ein Fenster entzwei-gelassen haben sollte, ferner will er 64 Mk. für eine Boa ausgelegt haben, auch einen Vertrag soll die Borrath mitgenommen haben. 6 Mk. rechnete er für Kostgeld, weil sie bei ihm wohnte. Das Zerklagen hat Ottenlanger selbst besorgt und die Boa war ein Weihnachtsgeschenk. Diese Forderung wurde brieflich erhoben, weil Frä. Borrath dem gastlichen Hause den Rücken gelehrt hatte. Die Befristung der unrechtmäßig geforderten Summe war mit einer Drohung eventueller Anzeige wegen Meineides verknüpft. Diese lebenswichtigen Schreiben wiederholten sich öfters, bis eines Tages Frä. Borrath wieder nach Lübeck kam und die Familie Bornemann kennen lernte, die mit dem Ottenlanger bekannt war. Da kam sie vom Apotheker zum Doktor. Sie erzählte all das Leid, das Ottenlanger ihr angetan, aber Bornemann wußte schon um den Meineid, den sie ihm nicht erzählte. Bornemann, der der Erpressungsmithilfe angeklagt ist, will gesagt haben, sie solle sich dem Gericht stellen, oder aus Lübeck für immer weggehen. Bei der Verschöpfung mit ihrem Vater, die früher wegen ihrer Gemeinschaft mit Ottenlanger unmöglich war, wollte ihr Bornemann behilflich sein. Frä. Borrath soll ihm 1000 Mk. versprochen haben, wenn ihm das gelänge. Das Mädchen will nun gesagt haben, sie gäbe was drum, wenn die Verschöpfung zustande käme. Das Mädchen reiste nach Stade in Stellung, und wurde von Ottenlanger bedrängt. Der Mann hatte zwei Wechsel zu bezahlen, und die mußte das Mädchen unterzeichnen. Die Unterhandlung besorgte Bornemann. Er reiste nach Stade und sagte der Angeklagten, Ottenlanger würde alles anzeigen, wenn sie nicht unterschreiben würde. Ottenlanger habe gesagt, alles Geld würde ihr doch nichts nützen, wenn die Sache nicht aus der Welt käme. So unterzeichnete sie den Wechsel, den der Privatier Jacklam diskontierte. Dem Unterhändler gab das Mädchen auf Ersuchen 20 Mk. Reisepesen. Mittlerweile war der Vater der Borrath gestorben, und Bornemann glaubte seine 1000 Mark Belohnung einstecken zu können, gab sich aber durch die obige Wechselgeschichte zufrieden, die übrigens mit den anderen Wechself, die Frä. Borrath unterschreiben mußte, ziemlich verworren

wiedergegeben wurde. Als Ottenlanger vom Tode ihres Vaters hörte, änderte er seine ruppige Schreibleise. Nun wollte er die ständig von ihm Bebrohte wie ein Engel beschützen, so schrieb oder sagte er. Sie hatte aber genug von diesem Beschützer. Schließlich gab D. sich mit 75 Mk. zufrieden, die er auf einem über 100 Mk. lautenden Wechsel quittierte. Das andere war Provision. Die Borrath glaubte zuerst, Ottenlanger habe einen falschen Offenbarungseid geleistet — so wurde ihr wenigstens von Bornemann gesagt — und so hatte sie ihn auch zwischen den Fingern. Dies ihr eingeebnete Spiel war nicht stichhaltig, sodas die Ruhe bei ihr nicht einkehren konnte, weil Ottenlanger stets wieder durch Bornemann grausig machen ließ. Da faßte das bedrängte Herz Mut und bezichtigte sich selbst des Faltscheides vor Gericht. — Im Laufe der Verhandlung gab Ottenlanger die Anklage zum Meineid zu, leugnete jedoch die Erpressungsversuche, mit denen er zweifellos die Borrath so lange gepeinigt hätte, bis das ganze Geld in seinen Händen gewesen wäre, denn die Anfangswaren vielversprechend.

Das Zeugenverhör war unwesentlich. Zwei Frauen sollten dem Ottenlanger darin beistehen, daß sie wahrgenommen oder gesehen haben sollten, daß Ottenlanger mit Liebeswerbungen vor der Borrath bestärmt worden sei. Sie versagten vollständig. Ein Zeuge Weindl hatte sich mit der Borrath verlobt, er bezeichnete sie als herzensgut, leicht überredbar, sehr nervös. Das Verhältnis löste er, als ihm bekannt wurde, daß sie mit Ottenlanger sich zu sehr eingelassen habe. Frau B. behauptet, die Angeklagte habe ihrem Mann 1000 Mk. versprochen, wenn sie das Vermögen erhalte. — Jacklam hat die Wechsel einfach gekauft, wie die Wechsel zustande kamen, ist ihm unbekannt. — Physikus Dr. Nebel hält die Angeklagte für ein leicht einnehmbares Geschöpf, die Eidesleistung habe sie jedoch voll zu verantworten. — Staatsanwalt Dr. Vanda hatte leichtes Spiel. Die Borrath hatte ihren Fallscheid eingestanden, er trat für die von Ottenlanger und Bornemann ins Garn Gewickelte lebhaft ein und stellte ihr die mindeste Strafe in Aussicht, dem schon wegen gewerbsmäßiger Hehlerei mit Zuchthaus vorbestrafter Ottenlanger warf er ungeschminkt seine Brutalität vor. Auch den Tapezier Bornemann sprach er der Mithäterlichkeit schuldig. — Der Verteidiger des Mädchens pflichtete dem Staatsanwalt bedingungslos bei und die beiden andern Rechtsanwälte suchten zu retten, was zu retten war. Die Geschworenen bejahten bei allen Angeklagten die Schuldfragen, der Borrath billigten sie mildernde Umstände zu.

Der Staatsanwalt beantragte hierauf gegen Fräulein Borrath die Mindeststrafe von 4 1/2 Monaten Gefängnis, gegen Ottenlanger wegen Anstiftung zum Meineid 5 Jahre Zuchthaus und wegen Erpressung 1 Jahr Gefängnis, zusammen 5 Jahre 3 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Unfähigkeit als Zeuge vernommen zu werden. Gegen Bornemann 9 Monate Gefängnis wegen Beihilfe zur Erpressung.

Das Gericht erkannte: Frä. Borrath 4 1/2 Monate Gefängnis, Ottenlanger 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden und gegen Bornemann 6 Monate Gefängnis.

Die Geschworenen gaben zu Protokoll, daß sie einstimmig beschloffen hätten, für Frä. Borrath ein Gnadengesuch einzureichen.

Revision eingelegt hat gegen das Todesurteil des hiesigen Schwurgerichts der Mörder Hartmann; ferner ist dem Falchmünser Wilde die gegen ihn erkannte 9jährige Zuchthausstrafe zu hoch, weshalb auch er das Reichsgericht anrufen hat.

Ein zoologischer Garten in Lübeck? Man schreibt uns: Herr Heim. Vogt ladet alle Bewohner, welche sich für Gründung eines zoologischen Gartens in Lübeck an der Fraelsdorfer Allee interessieren, zu einer Besprechung auf Dienstag abend 8 1/2 Uhr nach der „Schiffergesellschaft“ ein. (Siehe Inserat.)

pb. Festgenommen wurde ein früherer Jüngling der Züllhower Anstalten, der aus seiner bisherigen Dienststelle entwichen war. Der Jüngling, der im Besitz verschiedener falscher Legitimationspapiere war, führte ein Fahrrad, Marke Edelweiß, Fabrik-Nr. 329243 bei sich, welches er in Ahrensburg gestohlen haben will. In dem Besitz dessen wurden 2 mit Semmel gefüllte Beutel, wovon einer den Namen Eschenburg trägt und 2 Paar neue baumwollene Strümpfe gefunden. Die Sachen liegen im Bureau der Kriminalpolizei zur Ansicht aus.

Hamburg. Die Bäckergehilfen haben gestern vormittag infolge mangelnden Entgegenkommens der Innung gegenüber ihren Forderungen mit 1311 gegen 30 Stimmen die sofortige Einstellung der Arbeit beschlossen. Kein Bäcker darf seinen lämpfenden Kollegen in den Rücken fallen.

Elmshorn. Der 14jährige Knabe Sch. in Heist erhängte sich im elterlichen Hause, weil ihm ein eingegangenes Dienstverhältnis nicht zusagte.

Sonderburg. Hafnarbeiterstreik. Seit dem 3. Mai d. J. befinden sich die Hafnarbeiter in Sonderburg in einem Abwehrstreik. Der seit zwei Jahren abgeschlossene Tarif war abgelaufen. Zu der Erneuerung des Tarifs wurden einige wenige Erhöhungen der Akkordsätze und des Zeitlohnes gefordert. Im letzten Moment, nachdem die Arbeitgeber zwei Monate nichts von sich hören ließen, fandte der Arbeitgeberverein einen Tarifentwurf ein, der erhebliche Reduzierungen und sogar Herabsetzung des bereits gezahlten Zeitlohnes von 48 auf 46 Bfg. in sich barg. Verhandlungen verliefen resultatlos, sodas die Arbeiter gezwungen waren, in den Abwehrkampf einzutreten. Insgesamt haben 66 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Arbeitswillige sind unter allen Umständen fernzuhalten.

Hofort. Junker und Lehrer. Mecklenburg, das gelobte Land mit dem Ochsenkopf im Wapen, ist ein Dorado für die Junker und dessen Gegenteil für die Lehrer — das ist hinlänglich bekannt. Der Lehrer ist für den Junker eine Art notwendiges Übel; den Mann, der die Ausbildung der Kinder leiten soll, behandelt er wie einen Knecht, den er ganz loshaben möchte, aber aus irgendwelchen Gründen nicht loswerden kann. Die Lehrer des reichen Klosterortes Dobbertin richteten an das Klosteramt sowohl 1909 als auch 1910 Eingaben, in denen sie unter dem Hinweis auf ihre bedrängte wirtschaftliche Lage, um Gehaltsaufbesserung baten. Das Klosteramt erließ sie gar keine Antwort, das zweite mal lautete die Antwort, wie die „Dittscheitung“ mitteilt, wie folgt:

„Anliegend erhalten Sie die hier eingegangene Witschrift ungelesen und mit dem Bemerkten zurück, daß wir uns nicht in der Lage sehen, derartige gemeinsame Witschriften entgegenzunehmen und von den klösterlichen Lehrern erwarten müssen, daß sie das ihnen bei jeder Gelegenheit bewiesene Entgegenkommen besser zu würdigen sich bemühen, als durch derartiges Massenpetitionieren. Das Klosteramt (gez.) v. Lüchow.“

Die „Dittscheitung“, die ganz gemüht nicht hehen will, führt dann weiter aus: „Ungelesen? Und doch redet man von Massenpetitionieren und gemeinsamer Witschrift! Der Chef des Klosteramts Dobbertin, Erblandmarschall v. Lüchow, hat als Berichterstatter des Schulamtes noch im letzten Jahr unter Zustimmung der Mehrheit des Land-

anges erklärt, daß die Organisation der ritterschaftlichen Schule auch für die Gegenwart grundsätzlich noch auf dem Standpunkt von 1821 (I) festzuhalten sei. Die ritterschaftlichen Lehrer wollten derselbe Schulpolitiker noch vor ein paar Jahren mit Gutsdeputatisten auf dieselbe soziale Stufe stellen, sodaß 800-1300 Mk. in 25 Dienstjahren für Lehrerfamilien ausreichend seien. Erst auf nachhaltiges Drängen der Regierung verstand man sich zu Zulagen von 100-200 Mark. Herr v. Lühow sandte nach dem Verfasser der durchaus bescheidenen Eingabe, hat ihn oder sie aber anscheinend nicht gefunden. Er wandte seinen Unwillen deshalb gegen den Abschreiber und Einfender.

Schon im März wurde dessen Stelle zum 24. Oktober d. Js. vom Klosteramt öffentlich ausgeschrieben. Zu Ostern ging dann dem Stelleninhaber das folgende amtliche Schriftstück zu: „Wir sehen uns veranlaßt, Ihnen ihre Stellung als klostertlicher Lehrer hierdurch mit der Maßgabe zu kündigen, daß das Dienstverhältnis am 24. Oktober d. Js. seine Endschafft erreicht; Sie alsdann mit Familie N. zu verlassen, Ihre Wohnung und Kompetenz dem Kloster zur Verfügung zu stellen haben. Döbberlin, den 15. April 1911. Das Klosteramt v. Lüchow.“ — Gegen dieses Schriftstück vermandte sich die Schulgemeinde für ihren Lehrer bei dem unterzeichneten Klosterhauptmann, der aber die vorgetragene

Bitte ablehnte. — Der Lehrer ist also nach dem Recht des mecklenburgischen Ritter wegen einer bescheidenen Bitte in seiner Familie auf die Strafe gesetzt. Schon der Vater des willkürlich Entlassenen wirkte 33 Jahre lang als Lehrer im Klosteramt Döbberlin. Der entlassene Lehrer ist jetzt 70 Jahre alt und hat ein Einkommen von 1130 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellin. Verleger: F. H. Schwanke, Druck: F. v. d. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Wenn Kinder keine Milch mehr trinken wollen,

dann sehen Sie mal etwas Kathreiners Malzkaffee zu — Sie werden Ihre Freude daran haben, wie gern Ihre Kinder die Milch mit Kathreiners Malzkaffee vermischt wieder trinken.

Kathreiners Malzkaffee ist gesund, wohlschmeckend und sehr billig!

Der Gehalt macht's!

Wohnung zu vermieten.

Lüchowstr. 21 (Burgtor).

Zum 1. Juli **Elisavietstraße 40 a** 2. Etage zu vermieten. 175 Mk.

Vagt, Viktoriastr. 18.

Zum 1. Juli gesucht eine **Zwei-Zimmer-Wohnung** von älteren Leuten ohne Kinder im Preise von 150 bis 160 Mk., Burgtor. Angeb. unter **P 64** an die Exped. d. Bl.

Gesucht 1 größeres Laufmädchen mit 2 Kindern spazieren zu fahren Adlerstraße 50, pt.

Mortenbäume

faust **C. Badendiek**, Königsstraße. Umständehalber billig zu verkaufen: **Sand- u. Küchengeräte**, und ein starkes Herren-Fahrrad. **Fackenburg**, Ahrensböckerstr. 2.



Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.35** Mk.

Achtung Hausfrauen!

Große Feudel mit dopp. Mitte von 23 Pfg. an. Ladenpreis 30 Pfg. 3 große Schachtel **Maroffo-Schmearme** 25 Pfg. Gewerdesstr. 48, I. kein Laden. Händler Extrapreise.

Verloren ein br. Portemonnaie in der Chajotstraße. Abzugeben gegen Belohnung Chajotstr. 7, III.

Sonnabend abend 1/2 11 Uhr starb nach kurzer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Florentine Paustian

im 77. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an ihre Kinder **Anna Rohweder** **G. Störmann** u. Frau. Beerdigung Mittwoch nachmittag 1 Uhr vom Trauerhause Gewerdesstr. 48, Vorw. Friedhof.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief Sonnabend nachm. 4 Uhr in ihrem 35. Lebensjahre meine liebe Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter, unsere gute Tochter, Schwester und Schwägerin

Wilhelmine Bremer,

geb. Herrmann.

Tief betrauert von allen die ihr nahestanden.

Fritz Bremer u. Familie.

Lübeck, Sedanstr. 11a. Beerdigung Dienstag. Beginn der Feier 3/4 Uhr in der Kapelle des Bornwerfer Friedhofes.

Für die innige Teilnahme und reichen Kranzpenden beim Hinscheiden unseres lieben Verstorbenen sagen wir hiermit unseren tiefgefühlten Dank.

Familie Hefti.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten sagen wir für die erwiesene Aufmerksamkeit, anlässlich unserer silbernen Hochzeit, hiermit unsern besten Dank.

W. Häse u. Frau, Lübeck, Georgstr. 30.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlich

P. Hinkelmann u. Frau, geb. Melis.

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen von der Straßenbahn für erwiesene Aufmerksamkeit zur Hochzeit sagen unsern herzlichsten Dank.

Fr. Beguhl und Frau.

Gewerkchaften, Vereine, Wirte. **Humorist u. Vortragskünstler** mit reichhalt. abendfüllendem Repertoire, empfiehlt sich. Aufgetr. mit gutem Erfolg **Maifeier** in Kiel. Offert. nach **Villa Klinge**, **Zimmerborfer Strand**, erbeten.

Zoologischer Garten, Lübeck?

Morgen Dienstag abend 8 1/2 Uhr findet im Saale der Schiffergesellschaft eine **Beipredung** behufs Errichtung eines zoologischen Gartens im Gelände des Bürgerhofs und den anschließenden Ländereien des Finanzdepartements statt, wo:u alle Bewohner Lübecks ergehen einlade. **Heinr. Voß.**

Achtung! Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck. **Mitglieder-Versammlung** am Dienstag, dem 9. Mai abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Sommervergütungen.
2. Bericht der Lokalverwaltung und Aufsichtskommission.
3. Verschiedenes.

Die Lokalverwaltung.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung am Dienstag, 9. Mai abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme z. Gewerkschaftsfongress und Aufstellung eines Kandidaten.
2. Beratung eines früheren Antrags betreffs Arbeitersekretariat.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4. Der Achttundentag. Von Dr. Zabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitagbeschlusses betr. Schnapsboykott.
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen. Ist Zweck des Mitleids.
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
- Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Dr. J. Zabel. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)
- Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Dr. E. Thesing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
- Heft 13. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. F. Martuse. Allen Eltern warm empfohlen.
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Kemald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.
- Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.
- Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
- Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Kanter-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zabel, Berlin.
- Heft 20. Die Prostituerkrankheit. Von Dr. J. Zabel.
- Heft 21. Atemgymnastik. Von Otto Rühle. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Chajes.
- Heft 23. Wie schützen wir uns vor Herzerkrankungen? Von Dr. Rehfisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.
- Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46. Auch nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen.

Verband der Hausangestellten

Einladung zum Frühlingsfest

besteh. in **Ball u. Theateraufführungen** am Sonntag, dem 14. Mai 1911

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Kassenöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang des Balles 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wof. Gar. Das Komitee.

Sozialdemokratischer Verein.

Wittwoch, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder - Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Bromme über: Bethmann-Hollwegs Politik.
2. Unterrichtskurse im kommenden Herbst.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Die russische Krute über Deutschland.

Die Tragödie des russischen Studenten Demetrius Dubrowsky, der durch Selbstmord endete, weil die Berliner Universitätsbehörde ihm nach wochenlangem Hinziehen die Aufnahme in die Universität verweigerte, lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf ein Gebiet, wo die Universitätsbehörden in trauriger Gemeinschaft mit der politischen Polizei die ärgste Willkürherrschaft gegenüber den russischen Studierenden etabliert haben. Der Student Dubrowsky, der an der Petersburger Universität Mathematik und Physik studierte, kam im März wie alljährlich nach Deutschland, um das Sommersemester, wegen der langen Ferien in Rußland, zur Fortsetzung seiner Studien auszunutzen. Seine Bekannten schildern ihn als einen wahren Fanatiker der Wissenschaft, der in den vorgehenden Jahren mit Erfolg in den Universitäten Erlangen und Breslau studiert hatte. In diesem Jahr wandte er sich zuerst nach Sena, um im April nach Berlin überzusiedeln, wo er sein Aufnahmegeheuch in der Universität einreichte. Seine Papiere waren in tadelloser Ordnung, und außerdem hatte er ein Attest eingereicht, wonach die Petersburger Universitätsbehörde gegen seinen Aufenthalt an einer auswärtigen Universität nichts einzuwenden hatte. Dieses Attest, das vom Prorektor der Petersburger Universität I. Andrejew am 23. Februar (8. März) 1911 ausgestellt wurde, bestätigte, daß Dubrowsky „während seines Aufenthaltes in der St. Petersburger Universität nichts Tadelnswertes nachgesagt werden konnte.“ Trotzdem wurde dem Studenten Dubrowsky die Aufnahme in die Universität „auf Grund der über seine Person eingezogenen Erkundigungen“ verweigert. Dieser Bescheid, der vom Universitätsrektor Rubner und dem Universitätsrichter Daudé unterzeichnet war, wickte auf Dubrowsky so niederschmetternd, daß er seinem Leben durch einen Revolveranschlag ein Ende setzte.

Die Einzelheiten dieses Dramas sind geeignet, gegen die Universitätsbehörden die Anklage zu erheben, daß sie den Studenten Dubrowsky in den Tod getrieben haben. Das Blut des unglücklichen Jünglings fällt auf diejenigen, die an der Berliner Universität die schwachvolle Spitzelwirtschaft etabliert haben, die gegen die russischen Studierenden schon seit einem Jahrzehnt angewendet wird. Auch Dubrowsky bekam dieses System zu spüren und ist zweifellos der Denunziation der Kriminalpolizei zum Opfer gefallen, die an der Berliner Universität an Stelle des Professorenkollegiums über die Aufnahme russischer Studierenden entscheidet. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, ist bei Dubrowsky ein Beamter der politischen Polizei erschienen, um ihn wegen seiner persönlichen Verhältnisse auszufragen. Dieser beamtete Spitzel gab ihm im Laufe der Unterhaltung den Rat, dem unter dem Protektorat des russischen Botschafters stehenden „russischen Verein“ beizutreten, da dies seine Aufnahme in die Universität erleichtern werde. Die vollstän dige Absehnung dieser ungeheuerlichen Zumutung hat offenbar genügt, Dubrowsky als „politisch verdächtig“ zu bezeichnen. Da eine derartige Qualifikation nach der Erklärung, die der Universitätsrektor Professor Rubner einem Mitarbeiter des „B. L.“ abgab, genügt, um die Aufnahme eines russischen

Studierenden zu verweigern, so ist es klar, wem die Schuld für den Selbstmord Dubrowskys zugeschrieben werden muß.

Die Erklärung des Berliner Universitätsrektors ist aber nicht nur in dieser Beziehung von hervorragendem Interesse. Sie gibt unumwunden einen Bruch an der Berliner Universität zu, der den elementarsten Forderungen der Kultur Hohn spricht und eine Schmach für das deutsche Volk bedeutet. Was bereits im Prozeß Trofimof und früher zum Teil im Königsberger Geheimbundprozeß an die Öffentlichkeit gebracht wurde, wird jetzt von Professor Rubner vollinhaltlich bestätigt. Es erweist sich nach seiner Erklärung, daß die Universitätsbehörde auf ministerielle Verfügung vor der Matrikulation eines „Ausländers“ (gemeint sind natürlich nur Russen) dessen Papiere an die Kriminalpolizei sendet, die sich wieder mit der Regierung des betreffenden Staates in Verbindung setzt. Bei „politisch Verdächtigen“ werden keine näheren Einzelheiten mitgeteilt, da es sich dabei um geheime Akten handelt! Also: der Polizeiminister dekretiert, die Universitätsbehörde im Bunde mit der Kriminalpolizei recherchiert, irgend eine deutsche oder russische Polizeikraut denunziert — und deutsche Professoren jagen den „politisch verdächtigen“ Studenten vor die Tür, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Angaben der Kriminalpolizei nachzuprüfen oder gar die schwachvolle Abhängigkeit von der Polizei abzuschütteln. In dem Falle tritt die Handlungsweise der Universitätsbehörden besonders kraß hervor, da Dubrowsky weder aus der Petersburger Universität relegiert war, noch auf irgend eine andere Weise mit der verpönten „Politik“ in Verbindung stand. Das einzige, was gegen ihn ins Feld geführt werden konnte, war seine Abneigung, in einen Studentenverein einzutreten, dessen Charakter durch die hohe Prozeßaktion, die die russische Botschaft ihm erweist, und die Lobpreisungen, die die russische Regierungspreffe ihm dargebracht, zur Genüge gekennzeichnet wird.

Der Fall Dubrowsky, der die Rufschmach in Deutschland in den Vordergrund rückt, verdient das allgemeine Interesse umso mehr, als er nur einen Bestandteil der verhängten Maßnahmen ausmacht, die die preussischen Universitätsbehörden jetzt gegen die Studierenden aus Rußland getroffen haben. Schon seit Monaten betreibt Professor Schiemann in der „Kreuzzeitung“, um deswillen vor einem Jahrzehnt die verhängte Überwachung der russischen Studenten an den preussischen Universitäten eingeführt wurde, eine systematische Hege gegen die russischen Studenten, von deren verstärktem Zustuß zu den deutschen Universitäten er die ärgsten Gefahren befürchtet. Diese Treibereien scheinen auch auf dankbaren Boden gefallen zu sein. Wie wir er ahnen, hat der Berliner Universitätsrichter Daudé einigen russischen Studenten erklärt, daß kein relegierter russischer Student an der Universität aufgenommen werden würde. Diese Tatsache wird bestätigt durch eine Notiz, die in den russischen Zeitungen veröffentlicht worden ist: „Einer Gruppe russischer Studenten, die aus den Universitäten relegiert wurde, wurde vom Rektor der Berliner Universität erklärt, daß sie keinesfalls in die Universität aufgenommen werden könnten. Auf die Frage der Studenten über die Ursache dieser Erklärung, und auf ihren Hinweis, daß alle ihre Papiere in vollster Ordnung seien, erklärte der anwesende Vertreter des Kultusministeriums, daß dieser Tage in dem Ministerium eine besondere Beratung stattgefunden habe, in welcher der Beschluß gefaßt wurde,

keine relegierten russischen Studenten in die preussischen Universitäten aufzunehmen.“

Das russische Regierungsblatt „Rossija“, dem wir diese Notiz entnehmen, lobt die Haltung der preussischen Behörden über alle Maßen. Dieses Blatt wird auch sicherlich das System loben, das den Studenten Dubrowsky in den Tod getrieben hat. Das deutsche Volk muß nun entscheiden, ob auch jerner an den deutschen Universitäten die Wünsche der russischen Regierungshäuptlinge nachgebend sein sollen, ob auch jerner das Spitzelkriterium an den Universitäten fortbestehen soll, das bereits Menschenopfer geordert hat.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 6. Mai 1911.

168. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Delbrück

Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt bei § 19, der die Kosten des Versicherungsamtes im allgemeinen dem Bundesstaat auferlegt, falls es aber bei einer gemeindlichen Behörde errichtet ist, dem Gemeindeverband.

Gylling (Sp.) beantragt die letzte Bestimmung zu streichen, da den Gemeinden sonst zu schwere Kosten erwachsen würden.

Ein Regierungskommissar tritet um Ablehnung des Antrags.

Schildenbrand (Z.) beantragt einen inhaltlich mit dem ursprünglichen Antrag übereinstimmenden Antrag Abrecht. Die Versicherer haben ein starkes Interesse an der Ausgestaltung der Versicherungsämter als staatliche Behörden. In Württemberg hat sich gezeigt, daß das durchaus durchführbar ist. Was Württemberg kann, wird Preußen doch auch können. Die jetzige Fassung des Paragrafen ist durch die Konservativen durchgefallen, denen das Zentrum den Vorschlag getan hat. Ehrlicherweise sollte man dann lieber den Paragrafen so fassen: „Die Kosten des Versicherungsamtes trägt der Bundesstaat; wenn er das aber nicht will, legt er sie den Gemeinden auf. Die Städte werden zahlen müssen, aber die Kosten für die Versicherungsabteilungen der östlichen Landratsämter wird der Staat tragen.“ So haben auch hier die Konservativen ihre besonderen Geldinteressen gewahrt. Der Reichstag sollte aber sich auf solche Particularinteressen nicht einlassen und unseren Antrag annehmen, der die Wiederherstellung der Kommissionsbeihilfe erster Lesung bezweckt. (Bravo h. d. Sz.)

Trimborn (Z.) beantwortet einen Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien, wonach die Kosten der Besoldung der Versicherungsvertreter dem Staate aufzuerlegen sind, und befreit, daß es sich bei diesem Paragrafen um eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes handle.

Gylling (Fortf. Pr.) tritt der letzten Behauptung entgegen.

Horn-Neuß (Nat.) spricht für den Kompromißantrag. Schildenbrand (Z.): Es handelt sich hier nicht um Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, sondern um eine Verschlechterung, denn die Kosten der Gemeinden werden bedeutend steigen. In die Unannehmlichkeiten der Regierung braucht man sich nicht zu stoßen. Die Regierung wird sich schon hüten, das Gesetz an solchen Fragen scheitern zu lassen. (Sehr wahr! h. d. Sz.)

Unter Ablehnung der sonstigen Anträge wird der Kompromißantrag angenommen.

Die folgenden Paragrafen werden debattelos angenommen.

Die Vagabunden.

Von Karl v. Soltei.

(49. Fortsetzung.)

Mein Vater war der weltberühmte Gesichterichneider dieser Namens und hatte ursprünglich gewünscht, mich für seine Kunst zu erziehen. Auch machte ich schon bedeutende Progrefsen. Mit zwölf Jahren konnte ich meine Nase in den Mund nehmen, so daß die Unterlippe deren Spitze bedeckte, was allerdings bedeutende Naturanlagen verriet, weil meine Nase ungleich kürzer ist, wie jene meines unvergeßlichen Vaters gewesen. Die Zunge brachte ich schon so weit hervor, als er in seinen besten Stunden. Aber es sollte nicht sein. Bevor ich noch so weit ausgebildet, daß ich mich an des Lehrers Seite mit Ehren öffentlich produzieren konnte, kam ich ins Wachsen. Es ging so schnell, daß ich aus einem unterfesten, dicken, derben Kerl binnen zweier Jahre zur Hofenstange emporschoß. Die Eltern besorgten zuerst, ich könnte dabei draufgehen; doch zu ihrem Troste befand sich meine gute Mutter, — meine Mutter war auch Künstlerin, sie hob Mühlsteine mit den Haarzöpfen auf und ließ glühendes Eisen auf einem Ambos schmelzen, während sie mit dem Kopfe auf einem, mit den Füßen auf einem anderen Stuhle lag, der übrige Körper in freier Luft schwebte, und ihr Unterleib dem Ambos trug; — diese meine Mutter also befand sich zu rechter Zeit, daß einer ihrer Vatersbrüder ein Riese gewesen sei. Dergleichen Glückfälle wiederholen sich bisweilen in der Verwandtschaft. Von dieser Stunde wurde ich zum Riesen erzogen. Man reichete mir kräftigere Kost, die mimischen Studien wurden beiseite gesetzt und dafür der Körper im ganzen und großen ausgearbeitet. Na, Sie sehen, wohin es geführt hat. Mit sechzehn Jahren war ich, der ich bin. Ich war hübsch von Gesicht; ich machte Fortune. In London, in Paris, in Brüssel, — mein Himmel, wo denn nicht? Als meine Eltern tot waren ...

„Beide?“

„Beide. Ja, beide in einem Jahre, in einem Monat. Die Mutter starb in ihrem Beruf. Der Stuhl, den sie bei ihrer Arbeit unter dem Kopfe gehabt, ist zusammengebrochen, der Ambos ihr auf die Brust gestürzt ...“

„Arme Frau!“

„Es war ein leichter Tod; sie litt nicht lange. Aber der Vater! Dieser konnte sich über den Verlust nicht trösten. Er wurde schwächlich. Sein Nervensystem war völlig

zertrübt und sonderbar; er, dieser famelic Gesichterichneider, blieb in den letzten Tagen seines Lebens und Wirkens — denn er studierte und arbeitete bis zum letzten Hauche — nicht mehr Herr über die Muskeln, die ihm stets so gehorsam gewesen. Sobald er ein bedeutendes Gesicht geschneitten, — das brachte er noch zustande, Gott sei Dank; so weit konnte sein Talent ihn nicht verlassen, dazu war seine Kunstfertigkeit zu vollendet; — sobald er, wollte ich sagen, ein bedeutendes Gesicht fertig hatte, blieb es stehen. Denken Sie, Herr Antoine, es blieb stehen; wach! ein eigenartliches Phänomen! Manchmal um eine Minute länger, als in seiner Absicht lag. Wie sich dies einige Male wiederholt, wußte ich, daß sein Stübchen geschlagen. Durch vieles Zureden gelang es mir, ihn ins Bett zu bringen. Großer Geist! Er konnte nicht untätig bleiben, ihm war es unmöglich, die edle Zeit, die er stets würdig benutzte, unangefüllt zu lassen. Fortwährend schnitt er Gesichter, undierte auf neue Erfindungen, übte sich bei Tag und Nacht, wie wenn er ein Anfänger wäre. Endlich, in der letzten Nacht, leistete er etwas Grandioses: beide Augen prekte er weit aus dem Kopfe, den Mund riß er mit seinen schwachen Händen auseinander bis an die Ohren, die lange, schön gebaute Zunge streckte er heraus und legte sie an die Nase, wie ein Mensch, der über etwas wichtiges nachzusinnen hat, den Zeigefinger nur immer an die Nase legen mag, so lang, so rund, so dünn. „Vater!“ rief ich, „Sie übertreffen sich selbst, aber schonen Sie sich.“ Ich nahm ihm die Hände vom Munde — der Mund blieb, wie er war, die Winkel bei den Ohren, — die Augen blieben hängen, — die Zunge blieb liegen. „Bravo!“ rief ich, „bravissimo!“ Er hörte mein Lob nicht mehr. Er war tot. Wir haben ihn beerdigt samt seiner letzten Kunstleistung, und bleibt nur zu bedauern, daß diese von Wärmern zerstört werden sollte. So war ich denn, obgleich ein Riese, dennoch eine elternlose Waise und zog allein weiter. Aber es hastete kein rechter Segen mehr am Riese sein. Weiß der Henker, woher sie kamen, überall standen Riesen auf. Einmal trafen wir in einem kleinen, erbärmlichen Neste von englischer Stadt unserer drei zusammen. Die Konkurrenz wurde zu stark, die Einnahmen immer schwächer, ich mußte mich nach etwas anderem umtum. Ein Mann ward ich auch, des Schwärmens und Liebens längst überdrüssig, mein Herz sehnte sich nach häuslichem Glück, ich beschloß, zu heiraten. Und ich fand bald eine brave, solide Frau, mit mir in gleichem Alter, auch Künstlerin ...

„Die Ihnen ihre Hand reichte?“

„Nein, den Fuß“

„Versuche ich recht? Sie gab Ihnen einen Fußtritt?“

„Gewissermaßen. Doch nur aus Liebe. Sie war ohne Arme geboren, folglich fehlten ihr die Hände, folglich vermochte sie nicht, mir ihre Hand zu reichen, auch beim besten Willen nicht. Es folgte eines aus dem anderen.“

„Und sie war Künstlerin? Ohne Arme?“

„Daß sie keine Arme besaß, darin eben bestand ihre Kunst, denn sie schrieb mit den Füßen. Mit beiden Füßen, mein Herr. Die Feder hielt sie zwischen den Zehen und schrieb eine Hand — einen Fuß vielmehr — zum Ruffen. Gütige Kalligraphie! Und in drei Sprachen: Englisch, Französisch, Deutsch! Sie machte großes Glück. Ich sah mich durch sie verdunkelt. Ich, als Riese, war nur eine kleine Beigabe zu dem, was man an ihr bewunderte.“

„Lebten Sie glücklich mit ihr?“

„Wie die Engel. Jeden Abend nahm ich die Kasse in Empfang. Wir lebten sehr glücklich. Doch auch dieses Glück sollte nicht dauernd sein. Sie fühlte sich Mutter. — O Freund, niemals werde ich die süßen Stunden vergessen, wo wir die Feierabende plaudernd mit kühnen Hoffnungen schmückten. Diese galten unserem jungen, sehnlich erwarteten Weltbürger. Unsere Einbildungskraft ergin sich in weiten Räumen: wird es ein Knabe sein oder ein Mädchen? Oder keins von beiden? Wird es nach dem Vater, wird es nach der Mutter schlagen? Wird es vielleicht eine Riesin, doch von unbeschreiblicher Größe, wie noch nie ein männlicher Riese gezeigt wurde, wo man ohne Bedenken zwiefache Eintrittspreise stellen dürfte? Wird es — o du liebes Kind! — nur einen Arm haben, aber an diesem zwei Hände? Oder auch gar keinen, wie seine gute Mutter, um deren Geschäfte fortzuführen? Oder werden ihm vielleicht beide Beine fehlen? Das wäre minder vorteilhaft. Ach! riefen wir dann beide zugleich, während Pamela mich umarmte ...“

„Sie umarmte?“

„Das heißt, während ich sie umarmte, — erscheine bald, wachse bald an, Halbe, glückverheißende Mißgeburt; lächle bald deinen Eltern entgegen. Sei endlich, wie du willst, wenn du nur etwas mitbringst, was noch niemals für Geld zu sehen war! Eines Morgens überraschte mich Pamela mit der Erzählung eines Traumes. Sie hatte sich Mutter gesehen; sie hatte im Traume — nein, nein, es ist zu viel! Wenn ich daran denke, möchte ich vergehen! Sie hatte ein Kind mit zwei Köpfen geboren!“

„Im Traum?“

„Das wäre nichts, junger Mensch. Im Traume wird das bedeutungslos, und streng genommen kann jeder

Zu § 128, der die Rechtschilfe regelt, beantragen die Sozialdemokraten, daß bei Beweisaufnahmen den Parteien Gelegenheit zur Teilnahme gegeben werden soll. Busold (S.D.): Auch diesen Paragraphen hat die Kommission in zweiter Lesung verbeschleunigt. Wir beantragen, die in erster Lesung beschlossene Teilnahme der Parteien an der Beweisaufnahme wiederherzustellen.

Werner (Z.) bittet, den Antrag abzulehnen. Was er will, soll beim letzten Buch nachgeholt werden.

Schmidt (S.D.): Das ist in der Kommission auch gefast worden, dann aber nicht geschehen. Hier ist die richtige Stelle zur Einfügung dieser Bestimmung.

Berichterstatter Dr. Dröschner (K.): Nach Ansicht der Kommission soll das ganze Verfahren einheitlich im sechsten Buch geregelt werden. Allerdings bezieht sich der betreffende Paragraph, der von der Beweisaufnahme handelt, bisher nur auf die Unfallversicherung und müßte auch für die Invalidenversicherung Geltung erhalten. Das soll nachgeholt werden.

Schmidt (S.D.): In der Annahme, daß lokal im Sinne dieser Erklärung gehandelt werden wird, ziehe ich meinen Antrag zurück.

§ 157 bestimmt, daß Beamte, die der Dienstgewalt einer staatlichen oder gemeindlichen Behörde unterstehen, von gewissen Strafbestimmungen der vorhergehenden Paragraphen ausgenommen werden.

Mollenbaur begründet einen Antrag auf Streichung dieses Paragraphen. Es ist nicht sicher, ob alle hier vorgeschriebenen Verbote disziplinarisch belangt werden können. Daher haben die Versicherten Rassenvorständen gegenüber, die aus Staats- oder Gemeindebeamten bestehen, nicht dieselbe Sicherheit, wie gegenüber anderen Rassenvorständen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Dröschner (K.): Die Kommission ging von dem Grundsatz aus, daß niemand wegen desselben Vergehens zweimal bestraft werden soll. Daher mußten die Beamten, die dem Disziplinarverfahren unterstehen, von diesen Strafbestimmungen ausgenommen werden.

Der § 157 wird hierauf angenommen.

§ 161 handelt von der Festsetzung des Ortslohnes. Wren (S.D.) tritt für einen Antrag ein, wonach bei der Festsetzung des Ortslohnes die Gewerbegerichtsämter, oder wo solche nicht vorhanden sind, die Vertreter der beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen gehört werden. Dies sei notwendig, damit der Ortslohn nicht nur vom grünen Tisch aus bestimmt werde.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Nach § 162 soll der Ortslohn einheitlich nach dem Durchschnitt für den Bezirk jedes Versicherungsamtes festgesetzt werden.

Brey begründet einen Antrag, wonach der Ortslohn für männliche Personen über 21 Jahre nicht weniger als 3 Mark und für weibliche nicht weniger als 2 Mark betragen darf. Es ist notwendig, solche Mindestsätze festzulegen, weil sonst in verschiedenen Gegenden die Krankenbeihilfe, die nach dem Ortslohn bemessen wird, viel zu niedrig werden würde. Es kommen Ortslöhne von 1 Mark pro Tag vor, und es wäre möglich, daß dann unter Umständen Krankenbeihilfen von 50 Pfg. pro Tag gewährt würden. Das wäre eine Karikatur auf eine wirkliche Krankenbeihilfe. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Mollenbaur: In Ostpreußen beträgt die durchschnittliche Krankenunterstützung nur 48 Pfg. pro Werktag, in Schlesien gar nur 47 Pfg., die ortsüblichen Tagelöhne sind hier also im Durchschnitt noch geringer als 1 Mark. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei klagen die Agrarier stets, die Arbeitslöhne seien so hoch, daß sie keine Arbeiter bekommen können. Aber wenn sie Beiträge zur Krankenversicherung bezahlen sollen, dann möchten sie die Arbeitslöhne ganz wegdiskutieren. Denken Sie nur daran, was Sie uns von den hohen Arbeitslöhnen bei den Sozialdebatten erzählt haben. Wenn nur die Hälfte davon wahr ist, sind die von uns beantragten Minimalsätze auch gerechtfertigt. (Sehr gut! bei den Soz.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 169 gestattet dem Reichsanzler unter Zustimmung des Bundesrats mit solchen Staaten, die eine der Reichsversicherungsordnung entsprechende Fürsorge durchgeführt haben, Vereinbarungen zur Fürsorge für die Arbeiter unter Wahrung der Gegenseitigkeit zu treffen.

Die Sozialdemokraten beantragen, daß für Angehörige der Staaten, in denen Reichsangehörige in bezug auf Arbeiterversicherung nicht ungünstiger gestellt als die Inländer,

die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ebenso gelten, wie für deutsche Reichsangehörige.

Sue (S.D.): In zunehmender Maße werden in der Landwirtschaft und auch in der Industrie, z. B. im Ruhrgebiet, ausländische Arbeiter beschäftigt. Die Agenten, die diese Leute nach Deutschland locken, erzählen ihnen nicht, daß sie schlechter gestellt sind, als inländische Arbeiter in bezug auf die Wohlfahrten der Versicherung. Heute ist es ganz unklar, was für Rechte eigentlich die ausländischen Arbeiter in bezug auf die Versicherung bei uns genießen. Diesem unhaltbaren Zustand soll unser Antrag ein Ende machen, der außerdem verhindern will, daß deutsche Arbeiter im Auslande durch unsere Beschlüsse geschädigt werden. Wenn der Trappistenblock über diese Frage sich ausschließt, so werden wir nicht verfehlen, alljährlich bei der Beratung des Stats des Reichsrats des Jnnern durch reiches Material die Unhaltbarkeit der jetzigen Regelung nachweisen. (Bravo! b. d. Soz.)

Schmidt-Berlin (S.D.): Auch bei dieser Frage handelt es sich wieder um die Sonderrechte der ostelbischen Großgrundbesitzer, die Hunderttausende von Arbeitern, namentlich aus Rußland, ins Land ziehen. Die Kommissionsfassung des § 169 bietet dem Bundesrat die Möglichkeit, die Versicherungspflicht dieser Arbeiter auszuschließen. Denkt der Bundesrat von dieser Befugnis allgemeinen Gebrauch zu machen oder will er nur in Ausnahmefällen die Ausschließung eintreten lassen? Eine Antwort ist dringend erwünscht. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Casper: Die Arbeiter des Landes, das den deutschen Arbeitern gegenüber dieselben Pflichten übernimmt, werden den Reichsangehörigen gleich gestellt werden.

Schmidt-Berlin (S.D.): Rußland wird schwerlich alsbald eine derartige Verpflichtung übernehmen. Aus der Antwort des Vertreters des Reichsrats des Jnnern geht also hervor, daß man die russischen Arbeiter von den Wohlfahrten der Versicherung auszuschließen beabsichtigt. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Mollenbaur (S.D.): Die Kommissionsfassung ist umso bedenklicher, als hier in Deutschland bekanntlich die Polizeipraxis besteht, angeblich lästige Arbeiter auszuweisen. Als lästig wird in Zukunft mancher Arbeiter betrachtet werden, der Ansprüche an die Krankenversicherung geltend macht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnigen abgelehnt, § 169 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 171 bestimmt, daß die Beschäftigung eines Ehegatten durch den anderen keine Versicherungspflicht begründet.

Die Abgg. Schmidt-Berlin (S.D.) und Mollenbaur (S.D.) begründen einen Antrag Albrecht, diese Bestimmung zu streichen. Es liege gar keine Veranlassung vor, die im Betriebe ihres Ehegatten beschäftigte Frau von der Versicherungspflicht auszuschließen.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 174 bezeichnet als Hausgewerbetreibende im Sinne dieses Gesetzes die selbständigen Gewerbetreibenden, die in eigenen Werkstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten.

Albrecht (S.D.) verweist auf die ungenügende Definition des Begriffs Hausgewerbetreibende in der Kommissionsfassung und beantragt folgende Fassung: „Als Hausgewerbetreibende im Sinne dieses Gesetzes gelten diejenigen Gewerbetreibenden, die in eigenen oder fremden Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten, sowie herstellen oder bearbeiten lassen.“ — Die Begriffsbestimmung in der Kommissionsfassung schließt Zwischenmeister und Nagelgesellen aus und führt so zur Schädigung zahlreicher in der Hausindustrie beschäftigter Arbeiter. (Zust. bei den Soz.)

Dr. Pfeiffer (Z.): Der Antrag Albrecht schafft keineswegs die sehr erwünschte Klarheit. Allerdings ist auch die Kommissionsfassung nicht sehr klar. Wir behalten uns vor, für die dritte Lesung eine bessere Formulierung vorzuschlagen.

Ministerialdirektor Caspar erklärt, daß das Reichsversicherungsamt jeden Einzelnen zu seiner Entscheidung gelangenden strittigen Fall, der die Stellung der Hausgewerbetreibenden betrifft, sorgfältig prüfen werde.

Albrecht (S.D.) bittet nochmals um Annahme des sozialdemokratischen Antrages. Auf allen Heimarbeiterskongressen wird der Ruf nach Ausdehnung der Versicherung auf die Hausgewerbetreibenden erhoben.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest des ersten Buches wird debattelos erledigt.

Es folgt das zweite Buch: Krankenversicherung.

§ 177 setzt die Höchstgrenze des Jahreseinkommens für die obligatorische Krankenversicherung, wie bisher auf 2000 Mark fest. Die Abgg. Albrecht u. Gen. (S.D.) beantragen diese Höchstgrenze auf 5000 Mark zu erhöhen und die Versicherungspflicht auf die selbstständiger Handwerker auszudehnen.

Büchner (S.D.) begründet den Antrag. Die Höchstgrenze von 2000 Mark ist vor 27 Jahren beschlossen worden. Seitdem ist der Geldwert stark gesunken, und eine Summe von 5000 Mark entspricht nur den heutigen Verhältnissen. Mit der Annahme dieses Antrages würden Sie auch den Privatangestellten entgegenkommen. (Bravo! bei den Soz.)

Kauli-Botsdam (K.) bekämpft den Antrag.

Brühne (S.D.): Der Handwerker Kauli sollte unseren Anträgen wirklich zustimmen. Er bedeutet wirklich handwerkerfreundliche Politik.

Schmidt (S.D.) bekämpft die von der Kommission geschlossene Streichung der Techniker aus dem Gesetz, unter Hinweis darauf, daß gerade die Lage der akademisch gebildeten Techniker unmittelbar nach Studium eine äußerst traurige ist.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Brühne (Soz.), dem Bundesrat die Ermächtigung zu geben, die Versicherungspflicht für bestimmte Berufszweige auf Gewerbetreibende auszudehnen. Die Kommission hat diese Bestimmung in der ursprünglichen Regierungsvorlage gestrichen.

Ebenfalls gestrichen hat die Kommission die Ermächtigung des Gemeindeverbandes, die Versicherung statutarisch auf Familienangehörige des Arbeiters auszudehnen.

Busold (S.D.) begründet den Antrag. Vor der Abstimmung bezweifelt Abgeordneter Bebel (S.D.) die Beschlussfähigkeit des Hauses. Da das Bureau den Zweifel teilt, wird die Beratung abgebrochen.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr: Fortsetzung. Schluß 3 1/2 Uhr.

Bürgerschaft Lübeck sowie an die Lübecker Handelskammer sind Einladungen ergangen. Vertreter hat keine dieser Körperschaften entsandt.

Genze-Lübeck begrüßt den Verbandstag im Namen der Lübecker Genossenschaftsbäckerei und des Konsumvereins. Redner schildert in kurzen Zügen die Wirksamkeit und die Leistungen dieser beiden Institutionen und wünscht den Beratungen besten Erfolg. (Lebh. Beifall.)

Namens des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine richtet Lorenz-Hamburg Worte der Begrüßung an die Versammelten und wünscht, daß aus den Mitgliedern, deren Zahl so erheblich wächst, klare, deutliche und zielbewusste Genossenschaftler werden mögen. Notwendig sei auch eine Fortbildung der leitenden Personen in den Genossenschaften, damit sie den modernen Ansprüchen genügen können. Die Bekämpfung der Konsumvereine durch ungerechte Steuern, wie man sie heute auch in Norddeutschland beabsichtigt, müssen die Konsumvereine dazu veranlassen, sich im Innern zu festigen und finanziell zu stärken. (Lebhafter Beifall.)

Im Aufrage der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine begrüßt Berger-Hamburg den Verbandstag.

Darauf erfolgt die Bureauwahl. Zum ersten Vorsitzenden wird Postel-Hamburg und zum zweiten Vorsitzenden Genze-Lübeck gewählt.

Sobann wird zu dem Tagesordnungspunkt „Wichtige Mitteilungen aus den einzelnen Vereinen“ übergegangen. Es nimmt ein Delegierter aus Bielefeld das Wort, der einen besseren Vertrieb und eine bessere Ausgestaltung des „Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes“ wünscht. Dr. Müller-Hamburg regt an, durch eine besondere Organisation, welche zum Zwecke der Feuerversicherung der Genossenschaften durchgeführt werden müßte, die Verbreitung des „Volksblattes“ vorzunehmen. Der Ausbau der „Rundschau“ sei notwendig, aber nicht einfach. Zum Vertrieb des „Volksblattes“ äußert sich noch Genze-Lübeck, der die hier übliche Verbreitung darlegt. Der Delegierte aus Bünde in Bielefeld weist auf die unlautere Konkurrenz hin, mit der die dortigen Bäckermeister die Genossenschaftsbäckerei in Bünde zumachen versuchen. Der Delegierte von Göttingen fragt an, ob schon Erfahrungen damit gemacht sind, den Mitgliedern die Waren ins Haus zu bringen. Verbandssekretär Biech-Hamburg rät davon ab. Im gleichen Sinne spricht Warnke-Lübeck. Ein Kieler Delegierter äußert sich dahin, daß sie wohl das bel ihnen herrschende System, die Waren ins Haus zu bringen, nicht abschaffen würden, aber nicht zu dessen Einführung raten könnten. Mollenbaur macht Mitteilungen über Ergebnisse und Einrichtungen der „Produktion“ und wendet sich gegen abschlägige Äußerungen über die in den meisten Vereinen bestehenden Genossenschaftsheime, welche im Jahresbericht der Hamburger Neuen Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen enthalten sind. Der Delegierte von Hannover berichtet über ein Entgegenkommen der Gewerkschaften gegenüber den Konsumvereinen. Weiter nehmen Vertreter von Lemgo, Linden, Lehre, Lübeck, Neumünster und Osnabrück das Wort zu Mitteilungen über Vorkommnisse in ihren Konsumvereinen.

Den Bericht über das Verbandsjahr 1910 gab Verbandssekretär Biech-Hamburg. Die Steigerung des Umsatzes der Konsumvereine beträgt dank vermehrter Agitation in den letzten fünf Jahren mehr als 25 Millionen Mark, während man zur Erreichung der ersten 25 Millionen Umsatz 20 Jahre gebraucht. Vor der Erweiterung ihres Geschäftsumfanges sollten die Vereine zunächst eine Stärkung ihrer Finanzen denken. Bei Errichtung von Gebäuden oder beim Erwerb von Grundstücken sollten die Vereine sich erst vorher beim Verbandssekretariat Rat einholen. Die Revisionen der angeschlossenen Vereine haben durchweg gesunde Verhältnisse bei diesen erkennen lassen. Redner bespricht dann in scharfer kritischer Weise die in manchen Staaten beabsichtigte ungerechte Sonderbesteuerung der Konsumvereine und geht hauptsächlich auf die für Hamburg geplante Steuer ein. Aufgabe der Konsumvereine ist es, die Bevölkerung mit genossenschaftlichem Geist zu erfüllen, dann werden wir, unseren Gegnern zum Trost, unsere Ideale verwirklichen können. (Lebh. Beifall.)

In der Diskussion nimmt zunächst Kauli-Hamburg das Wort. Er geißelt in ausführlicher Weise die Sonderbesteuerung der Konsumvereine in Lippe-Detmold und Hamburg als ungerecht und legt dar, welche Mittel zur Abwendung dieser Steuern in Hamburg angewendet worden sind.

Prof. Stauding äußert sich in gleichem Sinne und wünscht eine bessere genossenschaftliche Erziehung der Mitglieder der Konsumvereine, die den besten Schutz und das beste Gegengewicht gegen die geplante Sondersteuer sei. Zu dem gleichen Thema äußert sich auch Dr. Müller-Hamburg, der eine Abwehrkommission gegen die Angriffe auf die Konsumvereine anregt, wie sie im Rheinland besteht.

Auf Antrag der Verbandsleitung wird beschlossen, je zwei Tarifschiedsrichter für Hamburg, Bremen und Hannover zu wählen.

Damit ist der Punkt 5 der Tagesordnung erledigt. Der nächste Beratungsgegenstand betrifft den Bericht von den Einkaufsvereinigungen.

Molte-Hannover tritt für eine bessere Beschickung der Einkaufsstage ein.

Am Sonntag vormittag hielt Professor Dr. Staudinger ein Referat über die Aufgaben und Organisation des Konsumgenossenschaftlichen Fortbildungsunterrichts. Redner gibt zunächst eine Übersicht über das, was auf diesem Gebiete in England geleistet worden ist. Es braucht das englische Vorbild nicht slavisch nachgeahmt, sondern das Beste davon für uns nutzbar gemacht werden. In England wird zuerst die Bildung der Mitglieder und erst dann die Bildung der Angestellten zu richtigen Verwaltungsbeamten von den Konsumvereinen vorgenommen. Für diese Zwecke werden dort 2 1/2 Proz. des Reingewinnes verwandt. Würden die Konsumgenossen einmal drei Jahre lang auf jegliche Dividende verzichten, so hätten wir ein Kapital von 70 bis 80 Millionen Mark und könnten die Welt erobern; zu Bildungs- und Erziehungszwecken hätten wir dann genügende Mittel. — Lorenz-Hamburg: Es werden oft Mitglieder zu Aufsichtsräten gewählt, die Kritik an der Verwaltung üben und glauben dann etwas gemacht zu haben, obwohl sie doch nichts davon verstehen. An die Vorstandsmitglieder der Genossenschaften werden häufig Anforderungen gestellt, die sehr schwer zu bewältigen sind. Viele Handarbeiter glauben, daß die Tätigkeit der besoldeten Vorstandsmitglieder der Genossenschaften ja nichts sei; sie haben aber gar keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen. Zu dem Referat äußerten sich noch verschiedene andere Redner.

Über Bilanzbeurteilung, Kapitalkraft, Kapitalbeschaffung und geschäftliche Ausdehnung der Konsumvereine spricht A. Ruppert, Erfurt. Der bisherige Verbandsvorstand wurde wiedergewählt. Der nächste Verbandstag soll in Rüstingen abgehalten werden.

träumen, was ihm gut dünkt. Im Traume mach' ich mich anheischig, Drillinge zu gebären, die aneinander gewachsen sind, wie Doppelfrischen oder Mandeln in einer Schale. Das will nicht viel sagen! Aber wenn ich erwäge, daß diesem Traume eine Wahrheit folgte, daß sie an dem nämlichen Tage Mutter wurde, daß sie wirklich und wahrhaftig von einem Kinde Mutter wurde, welches wirklich und wahrhaftig zwei Köpfe hatte, aus zwei Köpfen schrie! ... Herr, begreifen Sie, was das heißt? C. im Schnee möchte ich mich wälzen, wie ein nackender Russe — einen solchen Schlag läßt mich das Schicksal leben! Hält ihn mir neckend vor! Ich greife ihn mit diesen meinen Händen! — und eine Viertelstunde später — sagen Sie, wer hätte solch' kleinem, unerfahrenem Wesen derlei Bosheit zugestaut? — ist es so: maujetot! Wie nur jemals ein verächtliches gewöhnliches Kind mit einem einzigen Kopf für gewesen ist! Unfindliches Kind! Deinen Vater so zu täuschen!

Die Mutter starb auch. Sie konnte den Jammer nicht überleben. Der dumme Accoucheur behauptete, an den Folgen einer zu schweren Entbindung. Keine Spur! An den Folgen des Grames starb sie, desselben Grames, der an mir nagte, ohne mich zu töten. O, daß ich keine Riesennatur gewesen wäre! daß ich meinem Gram unterliegen müßte, wie Pamela dem ihrigen! Vielleicht wäre mir besser. Ich sage: vielleicht!

„Es ging Ihnen nicht gut, ja, denn Sie eine Witwer sind?“ — Abmehelnd, junger Mann! Es könnte mir glänzend gehen, hätte ich nicht leichtsinnig gehandelt; leichtsinnig wie ein Kadett in Ferien! Das anatomische Museum — es war in den Niederlanden, wo ich Weiß und Kind verlor, — jendete mir einen Unterhändler, den Ankauf der Leichen zu betreiben. Ich schlug meine Selige zu billig los. Keine Frage, um hundert Prozent zu wohlfeil. Eine so tugendhafte Gattin, keinen Arm am Leibe und tausend Gulden! Verschleudert, offenbar verschleudert! Doch darüber darf ich nachträglich nicht jammern, denn, frei zu reden, unter uns: was hätte sie mir genützt? Als Leiche? Ich hätte sie begraben müssen; darin lag kein Reiz, weder für sie, noch für mich. Also, das wäre zu verschmerzen. Aber unseren Sohn! Unseren lieben, kleinen, hoffnungsvollen, eigenartigen Sohn; ein Kind von solch' enormen Anlagen! Ich bitte Sie, sagen nicht eitle Wörter, die ihre Alltagsbälge von Kindern preiswerter wollen: mein Kind hat Kopf! Nun frage ich, wieviel Kopf hat denn euer Wurm, wenn es hoch kommt? Einen! Einen einzigen! Mein Kind hatte deren zwei! Und ich gab es — Käufer an mir selbst, der ich war! — gab es für fünfshundert Dukaten fort. War ich ein Räuber an mir selbst? Sagen Sie!“

(Fortsetzung folgt)

Der 26. Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine

Lübeck, 6. Mai 1911.
Der Verbandstag wurde um 2 1/4 Uhr mittags vom Verbandsdirektor Postel-Hamburg eröffnet. An Senat und

Aus der Partei.

Trotz des Wahrheitsbeweises 100 Mark Strafe!
Wegen öffentlicher Beleidigung hatten sich am 1. Mai in Düsseldorf der Redakteur Genosse Müller, Verantwortlicher der „Volkszeitung“ und der Fischer Weiser aus Hülthausen zu verantworten. Der Strafantrag war vom Bürgermeister in Venrath als Vertreter der Armenverwaltung und dem Vorsitzenden der Reichsverbandes Krankenkasse gestellt worden. Die von den Angeklagten behaupteten Tatsachen wurden erwiesen, besonders auch, daß ein Kind aus Tage ohne ärztliche Behandlung in dem Krankenhaus gelegen hat und daß es bei reinem Fortgange die alte, durch Blut und Eiter verunreinigte Wäsche nieder angezogen bekam. Der Angeklagte Fischer wurde freigesprochen, weil seine „Mittäterschaft“ nicht erwiesen werden konnte. Dem Genossen Müller wurde bestätigt, daß ihm der Wahrheitsbeweis gegliedert ist. Dagegen wurde in einer an die Verwaltung der Armenpflege gerichteten Anfrage des Artikels, ob vielleicht eine Anweisung an die Beamten bestehe, die Erlangung von Armenunterstützung so schwer wie möglich zu machen, eine Beleidigung erlitten, die mit 100 Mark Geldstrafe zu sühnen sei.

Gewerkschaftsbewegung.

Erfolgreiche Lohnbewegung des Holzarbeiter-Verbandes. In Fürth geht der Lohnkampf seinem Ende entgegen. Die letzte Woche fanden Verhandlungen unter Mitwirkung der Zentralvorstände in Berlin statt. Über das Vertragsmuster und die Lohnhöhe, welche 7 Pfg. pro Stunde, verteilt auf die Vertragsjahre, betragen soll, wurde man sich einig. Wegen der Arbeitszeitverkürzung konnte dagegen eine Verständigung noch nicht erzielt werden. Es wird gefordert an Stelle bisher 54 Stunden 52stündige Arbeitszeit pro Woche. Die Unternehmer haben 53 Stunden zugestanden und die weitere Stunde am 15. Februar 1915, also nach Ablauf des jetzigen Vertrages. Über diese Frage soll nun ein Schiedsgericht der Zentralvorstände resp. der zentralen Kommission entscheiden, sobald der Friede gesichert sein dürfte. In Reichenhall wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der den Arbeitern Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden pro Woche und 7 Pfg. Stundenloohnerhöhung bringt. Der Mindestlohn steigt von 40 auf 46 Pfg. pro Stunde. In Bai (Rheinland) haben die Fischer erreicht, daß ab 15. Mai die wöchentliche Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden verkürzt wird. Außerdem erfolgt eine entsprechende Lohn-erhöhung. — In Mühlbach (Süd) haben die Wälderarbeiter einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Arbeitszeitverkürzung von 58 1/2 auf 56 Stunden und 7 Pfg. Lohn-erhöhung bringt. — In Schneidemühl wurde die Lohnbewegung der Fischer erfolgreich beendet. Wöchentlich 1 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung und 7 Pfg. Stundenlohn-erhöhung ist das Resultat. — In Straubing erfolgte die Beendigung der Bewegung mit Vertragsabschluss. Resultat: Verkürzung der Arbeitszeit auf 55 Wochenstunden, 7 Pfg. Lohn-erhöhung pro Stunde und Steigerung des Mindestlohnes von 41 auf 46 Pfg. — In Pfenbach konnte die Lohnbewegung der Fischer mit einem günstigen Vertragsabschluss beendet werden. Die Arbeitszeit wird sofort von 56 1/2 auf 55 und am 1. April 1912 auf 54 Stunden verkürzt. Neben dem Lohnausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt eine sofortige Lohn-erhöhung von 2 Pfg. am 1. April 1912 2 Pfg. und 1913 und 1914 je 1 Pfg. pro Stunde, also insgesamt 7 1/2 Pfg. Der vertragliche Durchschnittslohn wurde sofort auf 54 Pfg. erhöht und steigt sich während der Vertragsdauer auf 58 Pfg. — In Dresden haben die Stellmacher einen sehr schönen Erfolg zu verzeichnen. Mit der Innung erfolgte Vertragsabschluss. Derselbe bringt eine sofortige Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden die Woche und 6 Pfg. Stundenloohnerhöhung; vom 1. April 1913 und 14 wird die Arbeitszeit um je eine weitere Stunde verkürzt und die Stundenlöhne um je 2 Pfg. erhöht. Es findet also statt während der Vertragsperiode eine Arbeitszeitverkürzung um 4 Stunden pro Woche und Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pfg. — Der Mindestlohn erhöht sich für Kastenmacher von 45 auf 55 und für Rademacher von 38 auf 48 Pfg. pro Stunde. In Heilbronn wurde ein Vertrag für die Fischer abgeschlossen. Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um zwei Stunden und 6 Pfg. Stundenloohnerhöhung, Steigerung der Mindestlöhne auf 45 Pfg. und der Montagezuschläge auf 1,50 Mk. resp. 2,50 Mark pro Tag sind das Resultat der Bewegung.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung legten die Dachdecker in Waldenburg durch. Sie erzielten eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 5 Pfg., 10 Pfg. Zuschlag für jede überstunde und die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit.

Beendeter Schneiderstreik. Nach zweimonatlicher Dauer ist der Streik der Konfektionschneider in Fichtenhausen in Schwaben mit einem teilweisen Erfolg beendet worden. Die erzielte Lohn-erhöhung beträgt 10 Prozent, auch sonst bringt der abgeschlossene Tarif Verbesserungen. Die lange Dauer des Streiks wurde durch den Umstand herbeigeführt, daß der christliche Schneiderverband hinter dem Rücken der Freigewerkschaften einen Sondertarif mit ganz geringen Zugeständnissen abschloß und nach Kräften Streikbrecher lieferte.

Die Lohnbewegung der Mainzer Holzarbeiter beendet. Nachdem sich die Verhandlungen zwischen den Arbeiterverbänden und den Prinzipalen Anfang dieser Woche zerschlagen hatten und für Donnerstagabend die Arbeitsniederlegung in Aussicht genommen war, suchten Donnerstag früh die Arbeitgeber um nochmalige Unterhandlung nach. Es wurde dabei vereinbart, daß der neue Tarif 4 Jahre Gültigkeit haben und die Lohn-erhöhung pro Woche 2,70 Mk. betragen soll. Mindestlohn 46 Pfg. die Stunde, ansteigend bis zu 50 Pfg. Für überstunden wird ein Zuschlag von 15 Pfg., für Sonntags- und Nachtarbeit von 20 Pfg. pro Stunde gewährt. Eine Schlichtungskommission wurde eingesetzt. Donnerstagabend haben die Holzarbeiter diesen Abmachungen zugestimmt.

Soziales.

Die kaufmännischen Angestellten und die Reichsversicherungsordnung. Anlässlich der gegenwärtigen Verhandlungen des Reichstags über die Reichsversicherungsordnung hat der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen folgenden Beschluß gefaßt und dem Reichstage zugehen lassen: „Die Handlungsgehilfen hatten erwartet, daß die Reichsversicherungsordnung ihnen endlich insofern eine Gleichberechtigung mit den Arbeitern bringen werde, als die für Handlungsgehilfen und andere Privatangestellte geltende Grenze der Versicherungs-pflicht bei 2000 Mk. Jahresarbeitsverdienst beseitigt würde. Daß dieses Verlangen der Handlungsgehilfen berechtigt ist, hatte die Reichstagskommission wenigstens teilweise ausdrücklich anerkannt, indem sie bei der Krankenversicherung die Pflichtgrenze auf 2500 Mk. erhöhte. Leider hat die Kommission diesen Beschluß wieder aufgehoben. Dagegen aber ist in der Reichsversicherungsordnung, wie sie dem Reich-

stage zur zweiten Lesung vorliegt, eine wesentliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten in den Krankenkassen vorgezogen, andererseits der Einfluß der Unternehmer geschwächt worden. Eine Ausdehnung der Unfallversicherung für die Handlungsgehilfen ist trotz deren Wünschen nicht erfolgt. Bei der Invalidenversicherung ist die Grenze der Versicherungspflicht von 2000 Mk. Jahresarbeitsverdienst beibehalten worden, höher entlohnte Angestellte bleiben wie bisher von der Versicherungspflicht ausgeschlossen; weitere Beitrags- und Lohnklassen sind der Invalidenversicherung nicht angegliedert, eine angemessene Witwen- und Waisenversicherung ist nicht eingerichtet worden. Mit der Schaffung der Reichsversicherungsordnung aber würde die Aussicht, eine Erfüllung dieser Wünsche in absehbarer Zeit zu erreichen, außerordentlich verringert. Deswegen und weil die Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Kommissionsberatung für die Handlungsgehilfen keinen nennenswerten Fortschritt bringt — auch die ganz belanglosen Waisenrenten und die kümmerlichen Unterstufungen an arbeitsunfähige Witwen an Stelle der Armenpflege können als ein wesentlicher Fortschritt nicht anerkannt werden — richtet der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen an den Reichstag das Ersuchen, dem Gesetzentwurf in dieser Form seine Zustimmung nicht zu geben, sondern ihn nur zu verabschieden, wenn in den erwähnten Punkten noch wichtige Verbesserungen herbeigeführt werden.“

Aus dem Gerichtssaal.

Unter falschem Namen zum Tode verurteilt. Wegen Raubmordes, begangen an dem Schlächtermeister Roscielli aus Kurnitz war der angebliche Artist Jakob Kinzig am 17. Januar d. J. vom Schwurgericht in Posen zum Tode verurteilt worden. Nachträglich wurde bekannt, daß der Raubmörder unter falschem Namen verurteilt worden ist. Die von ihm angegebenen Personalien stimmen vollständig auf einen in Südwestafrika ansässigen Farmer, dem der vielgereiste Taschenspieler und nachherige Raubmörder die Legitimationspapiere gestohlen, die er zu seinem eigenen Fortkommen weiter benutzt hat. Unter diesem falschen Namen ist der Verbrecher schon mehrere Male wegen Diebstahls verurteilt worden und hat zuletzt im Strafgefängnis Wlozysko geübt. Gelegentlich ist es nicht zulässig, die Strafe an einem zum Tode Verurteilten zu vollstrecken, dessen Personalien nicht mit zweifelloser Sicherheit feststehen. Da sich der Todeskandidat hartnäckig weigert, seinen richtigen Namen anzugeben, auch alle Nachforschungen der Staatsanwaltschaft vergeblich waren, muß zum endlichen Ersolge der behördlichen Erhebungen mit der Vollstreckung der Todesstrafe gewartet werden.

Ein Schweinegel. Wegen zahlreicher Fälle von Verführung und mehrerer Sittlichkeitsverbrechen verurteilte die Racherer Strafkammer den Kunstmalers Kiliau zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Politisch verdächtig! In Berlin hat in diesen Tagen der russische Student Dubrowsky Selbstmord begangen, weil sein Besuch um Zulassung zum Studium an der Berliner Universität abgelehnt worden ist. Der Fall verdient, etwas näher erörtert zu werden, weil er beweist, wie sehr unsere Universitätsbehörden von der politischen Polizei abhängig sind. Zwar heißt es in dem ablehnenden Bescheide nur, die Zulassung sei ihm verweigert worden „auf Grund der über seine Person eingezogenen Erkundigungen“. Weitere Nachforschungen, die das „P.“ angestellt hat, haben aber ergeben, daß die Immatrikulation verweigert wurde, weil der Student „politisch verdächtig“ ist. Überhaupt ist die Universitätsbehörde verpflichtet, jedes Gesuch um Zulassung eines Ausländers bei der Kriminalpolizei anzumelden. Diese stellt dann Nachforschungen an und die Kriminalpolizei ist es im Grunde auch, die dann die Entscheidung trifft. Nähere Einzelheiten werden der Universitätsbehörde nicht mitgeteilt, da es sich um Geheimakten handelt. So steht also der Ausländer vollständig rechtlos da, weil für ihn keine Möglichkeit vorliegt, gegen die Geheimentscheidungen der politischen Polizei vorzugehen. Das ist auch ein Beitrag zu dem Kapitel von der „Freiheit“ der deutschen Universitäten!

In dem vorliegenden Falle liegt aber noch eine besondere Tragik, weil der betreffende Student bereits an drei deutschen Universitäten (Erlangen, Breslau und Jena) immatrikuliert gewesen ist und sich politisch nie betätigt hat. Er hat auch keine Beziehungen zu den in Berlin lebenden anderen russischen Studenten unterhalten. Sollte es zutreffend sein, daß Dubrowsky schon deshalb als „politisch verdächtig“ angesehen wurde, weil er es ablehnte, dem unter dem Protektorat des russischen Botschafters stehenden russischen Verein beizutreten? Russische Zustände in Preußen!

Tragödie eines Einjährigen. In der Danziger Vorstadt Schidlich hat sich eine Liebestragödie abgespielt. Der Einjährige Scharlach vom Danziger Grenadierregiment 5 hatte eine Arreklstrafe von drei Tagen zu verbüßen. Er nahm sich diese Strafe so zu Herzen, daß er beschloß, sich zu töten. Er überredete auch seine Geliebte, die Verkäuferin Kochanski, ihm in den Tod zu folgen. Beide wurden in der Wohnung des Einjährigen schwer vergiftet aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß sie Sublimat in größeren Mengen zu sich genommen hatten. Sie wurden noch lebend nach dem Krankenhaus gebracht.

Unglücksfall. Gestern vormittag mieteten drei Personen bei Niederschönneweide ein Wasserverloziped zu einer Spazierfahrt. Unterwegs nahmen sie noch drei Personen auf, sodaß das Wasserrad überlastet war. Infolge von Unmuthheiten, die zwei Burschen machten, überflutete sich das Rad und alle stürzten ins Wasser. Die Mannschaften des Ruderklub „Wiking“ retteten zwei junge Mädchen und zwei junge Männer. Die beiden Urheber des Unheils sind ertrunken.

Und Schmerz über den Tod seines Vaters, eines Gymnasiallehrers, erhängte sich in Marum ein 19jähriger Gymnasialschüler. Als dessen Schwester die Leiche sah, kürzte sie sich aus der im dritten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße, wo sie mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb.

Die Rache des Zuchthäusers. In Losheim (Kreis Merzig) drang der zur Entlassung gekommene Zuchthäuser Schmal in das Haus seiner inzwischen wieder verheirateten früheren Frau, um sie zu erlösen. Er kam aber an das Bett der 14jährigen Schwester der Frau und stach sie nieder. Der Zustand des Mädchens ist hoffnungslos. Der Täter wurde verhaftet.

Tragödie nach dem Referendarenganzen. In Bonn hat sich der Rechtskandidat Otto Freiherr v. Nyz aus Mchaffenburg erschossen, weil er zum zweiten Male das Referendarenganzen nicht bestanden hatte.

Bergarbeiterlos. In dem vor kurzer Zeit ausgebauten Goldbergwerk bei Clermont-Ferrand wurden vier

Arbeiter durch einen Einsturz verächtet. Zwei der Ver- schütteten konnten schwer verletzt geborgen werden; die beiden anderen sind wahrscheinlich getötet worden.

Gerüstesturz. Wie aus Brüssel berichtet wird, ist in dem Gelände der Grube Cockerill ein Gerüst im Gewicht von 30 000 Kilogramm zusammengeklüppelt. Fünf Frauen, die nach Kohlen suchten, wurden getötet und drei verletzt.

Sieben Arbeiter überfahren. Aus Luxemburg wird gemeldet: Auf dem Differdinger Hüttenwerk wurden, wie das „Luxemburgische Wort“ meldet, durch einen Güterzug sieben Arbeiter überfahren, zwei von ihnen wurden tödlich verletzt, während die anderen schwere Verletzungen davontrugen. Einer der Schwerverletzten ist bereits gestorben.

Polizeiliche Missetaten. Durch die Toulouser Polizeibehörde waren fünf Fässer Branntwein beschlagnahmt und auf einer Polizeiwachtstube untergestellt worden. In einer bei Polizeisten unbegreiflichen Verblendung verführten die auf der Wachtstube einquartierten Polizeibeamten Appetit auf den „edlen Tropfen“. Um das Getränk seiner Bestimmung zuführen, zapften sie die fünf Fässer an und veranstalteten auf der Wachtstube eine solenne Kneipe. Aber auch über Polizeisten wacht das Auge des Gesetzes. Nicht nur ein gewaltiger Kater war die Folge des Branntweingelages, sondern auch eine gerichtliche Untersuchung wurde gegen die dursichtigen Polizeier eingeleitet. Drei von ihnen sind bis auf weiteres ihres Amtes enthoben worden.

Das kommt davon. Wenn Sozialdemokraten bewacht werden und durch diese Maßnahmen die Wachorgane ihren Bezirken entzogen werden, so lassen sich eine solche Gelegenheit Spitzhaken und Einbrecher nicht entgehen. So auch im oberösterreichischen Rydultau. Während der für diesen Bezirk zuständigen Gendarm das Grab unseres verstorbenen Genossen Dr. Winter bewachte, machten sechs maskierte Gestalten bei dem Kaufmann Wodetzki einen verwegenen Überfall auf seine Ladentasse. Die Banditen hielten dem Inhaber und dem Personal Revolver vor die Brust und zwangen diese, die Hände hoch zu halten. Einige erleichterten, dann die Ladentasse ihres Inhalts und verschwanden hierauf. Dies geschah am 1. Mai, abends 9 Uhr, während der zuständige Gendarm immer noch Wache am Grab Dr. Winters halten mußte. — Das war sehr notwendig, denn welche Erschütterung des Staates hätte es gegeben, wenn schließlich ein Kranz mit roter Scheife am Grab unseres verstorbenen Genossen niedergelegt worden wäre.

Tschechisch-separatistische Sonderkandidaturen in Böhmen. In Dux und Brüx fanden am Sonntag Konferenzen der tschechischen Genossen statt, die sich im Prinzip dafür erklärten, für die Kandidaturen der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen mit allen Kräften zu arbeiten. Nur im Duxer und Brüxer Bezirke, wo die tschechischen sozialdemokratischen Organisationen stärker sind als die deutschen, müßten Ausnahmen gemacht werden. Da überdies in diesen beiden Bezirken Funktionäre der zentralistischen Union der Bergarbeiter aufgestellt wurden, beschloßen beide Konferenzen die Aufstellung eigener Kandidaten der tschechischen Sozialdemokratie. In Dux-Land wird gegen Genossen Jarolim, den Obmann der Union der Bergarbeiter, der Obmann des tschecho-slawischen Bergarbeiterverbandes, Josef Horacek aus Brüx, in Dux-Land gegen Genossen Kofron der Redakteur des separatistischen Bergarbeiterorgans, Josef Budil, kandidieren. Außer dem in Wien von den tschechischen Zentralisten herausgegebenen Tageblatt „Dělnický Denník“ sind auch in Jungbunzlau, in Wilsen sowie in Mährisch-Odrau zentralistische Wochenblätter gegründet worden.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Annetiese ging heute morgen von Pillau nach hier ab.
D. Storfurten ist Sonnabend aus Helsingfors nach hier abgegangen.
D. Primula ging am gleichen Tage von Reval nach Lübeck ab.
D. Dora ist Sonnabend mittag von Memel auf hier abgegangen.
D. Hansa ging Sonnabend nachmittag von Libau auf hier ab.
D. Rurik ist Sonnabend nachmittag von Ostarshamm auf Lübeck abgegangen.
D. Per Brahe verließ Sonnabend nachmittag Sundsvall auf der Reise nach hier.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 6. Mai.

Bauern-Butter Pfd. — 1,20 Mk., Melerei-Butter Pfd. 1,30—1,35 Mk., Hasen — Mk., Enten — Mk. Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stk. 0,00—0,00 Mk., Lauben Stk. 0,55—0,65 Pfd., Gänse Stk. — 2,00 Mk., Fliedgans 0 Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 9 u. 10 60 Pfg., Heringe 4 St. 10 Pfg., Dorische genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen — 0,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen —, Pfl. Gedete Pfd. 70—80 Pfg., Barsche Pfd. — 70 Pfg., Mal Pfd. — 1,00 Mk., Karantischen Pfd. 80 Pfg., Gemüße genüg., Blumentohl d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Pflers- verschiebene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen pr. 100 Pfd. 50—70 Pfg., Aalund Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 6. Mai.

Weizen, 125—130 Pfd. holl. 109—117 Mk. Roggen 115—122 Pfd., holl. 155—165, Gerste, nach Qualität 160—170 Mk. Hafer, nach Qualität, 160—170 Mk. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 6. Mai.
Auftrieb 1811 Schweine. Markt flott geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 54,00 (— bis 43,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 53,— bis 53,50 (42,50 bis 43,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 55,00 bis 59,— (42,50 bis 43,00) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 54,— bis 55,— (43,00 bis 43,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 54,50 (38,00 bis 41,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 46,— bis 47,00 (37,— bis 37,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 40,— bis 45,— (31,— bis 35,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gebr. Barg
Lübeck.
Manufaktur- und Leinwand-
Aussteuer-Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Ein-
kauf von **Margarine**
verlange man ausdrücklich die
verlässigen Margarine-Marken
der
A. L. Mohr
O. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Erste
dreimal
wöchentlich

Bezugsquellen - Verzeichnis

Thür. Wurst- u. Fleischwaren-Fabrik
Tel. 6071 August Schöner Tel. 6073

Holzstr. 10. Tel. 6072
Hüxstr. 22/24. Tel. 6071
Warendorferstr. 21. Tel. 6070
Brettelstr. 44. Tel. 6071
Mühlstr. 20. Tel. 6075
Parewalderstr. 32. Tel. 6076

H. E. Kusch Möbelhäuser
Leibnizstr. 1. u. 3. u. 5. u. 7. u. 9. u. 11. u. 13. u. 15. u. 17. u. 19. u. 21. u. 23. u. 25. u. 27. u. 29. u. 31. u. 33. u. 35. u. 37. u. 39. u. 41. u. 43. u. 45. u. 47. u. 49. u. 51. u. 53. u. 55. u. 57. u. 59. u. 61. u. 63. u. 65. u. 67. u. 69. u. 71. u. 73. u. 75. u. 77. u. 79. u. 81. u. 83. u. 85. u. 87. u. 89. u. 91. u. 93. u. 95. u. 97. u. 99. u. 101. u. 103. u. 105. u. 107. u. 109. u. 111. u. 113. u. 115. u. 117. u. 119. u. 121. u. 123. u. 125. u. 127. u. 129. u. 131. u. 133. u. 135. u. 137. u. 139. u. 141. u. 143. u. 145. u. 147. u. 149. u. 151. u. 153. u. 155. u. 157. u. 159. u. 161. u. 163. u. 165. u. 167. u. 169. u. 171. u. 173. u. 175. u. 177. u. 179. u. 181. u. 183. u. 185. u. 187. u. 189. u. 191. u. 193. u. 195. u. 197. u. 199. u. 201. u. 203. u. 205. u. 207. u. 209. u. 211. u. 213. u. 215. u. 217. u. 219. u. 221. u. 223. u. 225. u. 227. u. 229. u. 231. u. 233. u. 235. u. 237. u. 239. u. 241. u. 243. u. 245. u. 247. u. 249. u. 251. u. 253. u. 255. u. 257. u. 259. u. 261. u. 263. u. 265. u. 267. u. 269. u. 271. u. 273. u. 275. u. 277. u. 279. u. 281. u. 283. u. 285. u. 287. u. 289. u. 291. u. 293. u. 295. u. 297. u. 299. u. 301. u. 303. u. 305. u. 307. u. 309. u. 311. u. 313. u. 315. u. 317. u. 319. u. 321. u. 323. u. 325. u. 327. u. 329. u. 331. u. 333. u. 335. u. 337. u. 339. u. 341. u. 343. u. 345. u. 347. u. 349. u. 351. u. 353. u. 355. u. 357. u. 359. u. 361. u. 363. u. 365. u. 367. u. 369. u. 371. u. 373. u. 375. u. 377. u. 379. u. 381. u. 383. u. 385. u. 387. u. 389. u. 391. u. 393. u. 395. u. 397. u. 399. u. 401. u. 403. u. 405. u. 407. u. 409. u. 411. u. 413. u. 415. u. 417. u. 419. u. 421. u. 423. u. 425. u. 427. u. 429. u. 431. u. 433. u. 435. u. 437. u. 439. u. 441. u. 443. u. 445. u. 447. u. 449. u. 451. u. 453. u. 455. u. 457. u. 459. u. 461. u. 463. u. 465. u. 467. u. 469. u. 471. u. 473. u. 475. u. 477. u. 479. u. 481. u. 483. u. 485. u. 487. u. 489. u. 491. u. 493. u. 495. u. 497. u. 499. u. 501. u. 503. u. 505. u. 507. u. 509. u. 511. u. 513. u. 515. u. 517. u. 519. u. 521. u. 523. u. 525. u. 527. u. 529. u. 531. u. 533. u. 535. u. 537. u. 539. u. 541. u. 543. u. 545. u. 547. u. 549. u. 551. u. 553. u. 555. u. 557. u. 559. u. 561. u. 563. u. 565. u. 567. u. 569. u. 571. u. 573. u. 575. u. 577. u. 579. u. 581. u. 583. u. 585. u. 587. u. 589. u. 591. u. 593. u. 595. u. 597. u. 599. u. 601. u. 603. u. 605. u. 607. u. 609. u. 611. u. 613. u. 615. u. 617. u. 619. u. 621. u. 623. u. 625. u. 627. u. 629. u. 631. u. 633. u. 635. u. 637. u. 639. u. 641. u. 643. u. 645. u. 647. u. 649. u. 651. u. 653. u. 655. u. 657. u. 659. u. 661. u. 663. u. 665. u. 667. u. 669. u. 671. u. 673. u. 675. u. 677. u. 679. u. 681. u. 683. u. 685. u. 687. u. 689. u. 691. u. 693. u. 695. u. 697. u. 699. u. 701. u. 703. u. 705. u. 707. u. 709. u. 711. u. 713. u. 715. u. 717. u. 719. u. 721. u. 723. u. 725. u. 727. u. 729. u. 731. u. 733. u. 735. u. 737. u. 739. u. 741. u. 743. u. 745. u. 747. u. 749. u. 751. u. 753. u. 755. u. 757. u. 759. u. 761. u. 763. u. 765. u. 767. u. 769. u. 771. u. 773. u. 775. u. 777. u. 779. u. 781. u. 783. u. 785. u. 787. u. 789. u. 791. u. 793. u. 795. u. 797. u. 799. u. 801. u. 803. u. 805. u. 807. u. 809. u. 811. u. 813. u. 815. u. 817. u. 819. u. 821. u. 823. u. 825. u. 827. u. 829. u. 831. u. 833. u. 835. u. 837. u. 839. u. 841. u. 843. u. 845. u. 847. u. 849. u. 851. u. 853. u. 855. u. 857. u. 859. u. 861. u. 863. u. 865. u. 867. u. 869. u. 871. u. 873. u. 875. u. 877. u. 879. u. 881. u. 883. u. 885. u. 887. u. 889. u. 891. u. 893. u. 895. u. 897. u. 899. u. 901. u. 903. u. 905. u. 907. u. 909. u. 911. u. 913. u. 915. u. 917. u. 919. u. 921. u. 923. u. 925. u. 927. u. 929. u. 931. u. 933. u. 935. u. 937. u. 939. u. 941. u. 943. u. 945. u. 947. u. 949. u. 951. u. 953. u. 955. u. 957. u. 959. u. 961. u. 963. u. 965. u. 967. u. 969. u. 971. u. 973. u. 975. u. 977. u. 979. u. 981. u. 983. u. 985. u. 987. u. 989. u. 991. u. 993. u. 995. u. 997. u. 999.

**Bezugsquellen für
Eisen, Stahl, Gusseisen, Grundlein
Adolf Bergfeldt,
Fornstr. 572, Mühlentor 53 und 63**

Stooss
Fischer-
grube 25

A. N. Becker
Uhren und
Goldwaren
Spezialität:
Trauringe
Kleinat. 32

Abzahl.-Geschäft
A. Sachs, Schmedestr. 2.

Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 51.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Mehncke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Entin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzan, Schwartau, Markt 14.
W. Friederichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpfli.
F. W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.

F. W. Heyde, König-
str. 33.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedeckstr. 3. Tel. 1487.
H. Rühl, Hüxstr. 34. Lieferant
d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Riehlson, Königstr. 111. Tomb-
schieß- u. Kegelschw.

Brauereien
Chr. Bado, Hüxstr. 128.
H. Braunler, H. Braunler.
Paul Flemming, Engels-
grube 62/64.
Eimer-, Braun- und Doppelbier.
Grabower Weichbier, Haus, Bierweg.
L. Meyenburg, Warendorferstr. 52/54.

Adolf Osbahr,
Inh. Fr. Kropf, Glockengießerstr. 37.

Braunbier
Hermann Stamer,
F. W. Wolermüller, Schwarzen-
auer Allee No. 2b.
Eimerb. b. Meyenburg, Warendorfer-
str. 52/54.
Engelwiesing 17/19.
Heinr. Willeke, H. Braunler.
Franz Langloß, H. Braunler.

Brennmaterialien
Otto Höffe, Lübeck, Blücherstr. 14a.
H. Schüt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wulbrandt, Rosengarten 10.

Buchhandlung
W. Behlendorf, Lübeck, Hüxstr. 7.

Bürsten, Kämmen
H. Hagenström, Lübeck, Kämpstr. 89.
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehandl.
Joh. Besta, Lübeck, Hüxstr. 42.
F. Fleischhauer, Reinfeld.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Inhaber: H. Scheel,
Kupferschmeldestr. 7.
Ob. Wabmstr. 6.

C. Krapp
Eierhand-
lung
an gross, an detail

H. Philipp, Fackelnb. Allee 60.
Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rookhien, Hüxstr. 23.
L. Schnoer, Wagnitzmauer 82.
J. Semrau, Braustr. 32.
Königstr. 98. T. 473.
Th. Storaack, en gros, en detail.
Lübecker Butter-Haus,
Fr. Warnecke, Breitstr. 1/5.
Hans Wegener, str. 10.

Fahrer, Nähmasch.
Deutscher Nähmaschinen-Haus
Gustav Kuth,
Frister & Rossmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wabmstr. 42.
Rich. Israel, Alifur. 31.
Otto Dornwardt, Schwart. Allee 92.
Eig. Reparatur-
Gr. Burgstr. 23.
Heinr. Körner, Lübecker-Fabrikstr.
Hugo Meier, Wabmstr. 21.
St. Gertrud-Fahrradhaus, Job. Meyer,
Erasimstr. 10. u. Nähmaschinen-
Hof, Königstr. 91.
Johs. Meyer, Königstr. 91.
Hüxstr. 54, Johannestr.
O. Störzner, Hangel, Wabm- u. Wagn-
str. 1.
Friedenstraße 1.
Th. Vedder, sämtliche Repara-
turen für Fahrräder u. Nähmaschi-
nen werden gut & billig ausgeführt.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 18.
Hans Marcks, Schlutup.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St.
71. Rep. Sämtl. Ersatz.

Farben u. Lacke
Wilh. Bandholz, Lübeck, Hüxstr. 92.
F. Becker, Dorstr. 29.
Hafen-Drogerie, Ob. Bornhöft.
Hansa-Drogerie, Karl Mayer,
Reichhaltiges Lager von Tapeten,
Heinr. Heickendorff, Markt 15/16.
W. Hohenschield, Markt 42. F. 789.
Ford. Kayser, Breitestr. 81.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Ang. Prösch, Mühlentor 33.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Otto Schicke, Fackelnb. Allee 70.
Hr. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-St. 69.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Fleisch- u. Wurstw.
Emil Aland,
Wilh. Schmidt Nachfgr., Lübeck,
Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.
Wabmstr. 22.

Paul Boldt,
Ewigstr. 1a.
H. Aufschnitt.
Hans Gerds,
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Markt 2.
Johs. Heick,
Kohlmarkt 14.
Spezialität: Prima Fleischwaren.
Beckergrube 30.
Wabmstr. 1450.
Carl Joost,
Sadawstr. 35. Erst-
Oscar Keil, Schwartauer Allee 65.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
Heinr. Kohl, Moislinger Allee 57.

W. C. Koepcke,
Schlachtereier und Wurstfabrik.
Klingenberg N. 3/4. Telefon 469.
H. Aufschnitt- und Fleisch-Waren.
Braunschweiger Wurstfabrik
Heinrich Kronsbahn, Travellmann-
str. 26/28, Tel. 1439; Hansastr. 93.
Tel. 2182. Prima Fleisch- u. Wurst-
waren. Spezialität: Aufschnitt.
L. Kuntzel, Blücherstr. 22. Pa.
W. Lemecke, An der Mauer 41 a.
Glockengießerstr. 73.
F. Mörck, Kupferschmeldestr. 6/8.
Warendorferstr. 53.
Eck. Schwart. Allee.

Willy Nib,
Holstenstr. 22.
Fennr. 1249 Sp. H.
H. Aufschnitt.
Wurst-Fabrik
Mühlentor 27.
Pa. Fleisch- und Wurstwaren.
Dankestr. 48. Wurst-
Wilh. Patow, Fabrik mit elektr. Betr.
Hüxstr. 79.

Georg Rehder,
Gr. Burgstr. 37.
Telefon: 1772.
Christ. Scheel, Westhofstr. 33.
H. Schmaifeld & W. Mamerow
H. Reiferstr. 26. Telefon No. 2152.
Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55.
Ob. Trave 7.
Carl Tiedt,
Telephon 971.
Mühlentor 81. Pa. Pl.-
u. Wurstwaren.

Gust. Wietzke,
Georg-
str. 37.
Entin, Kiekerstr. 34.
Heinr. Steer, Pa. Fleisch- u. Wurst-
waren.
Moisliger-
Nur gute Ware.
E. Martens, Oldesloe, Brunnenstr. 2.
Pa. Fleisch- u. Wurstwaren.
Heinr. Abrendt, Schlutup.
Schlachtereier und Wurstfabrik.
Schlutup.
Franz Winkler, Lüb.-St. 31.
Prima Fleisch- und Wurst-Waren.

Glas und Porzellan
A. F. Römmling, Lübeck,
Karlstr. 18.
Tel. 153. Glas, Porzellan u. Steingut.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.

Gold-, Silberwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck,
Hüxstr. 55.
A. Bragg, Goldschmied, St. Petri 15.
Johs. Fellgreve, Grödenstr. 42.

Handels-Lehranst.
Björkman, Lübeck, Burgstr. 11.
bekannt, genehmigt.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Bankwartagrube.

Gummi-, Bandag.
F. W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
Gummi-Spezial-
Gesch. Breitestr. 40.

Haus-u. Küchenger.
Joh. Bado, Lübeck, Fackelnb.
Allee 34a.

J. F. B. Grube, am Markt.
Carl Hartmann, Glandorferstr. 2.
Hüxstr. 118. F. 1189.
W. Klässendorf, Sp. Oask. Kocher
u. Pflichten, Hlerd.-Agg. Bada-Eier.
Bernh. Neumann, Balauerstr. 12.
Paul Rahe, Tunkenhagen 5.

Riesenzabaz
P. Cagna
Breitestr. 33.
Ver. Br.
Emilie-Oberstr.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.
E. Wisckelmann Nachf., Entin.
F. Vester, Neuhof b. Reinfeld.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
Wilh. Maas, Reinfeld.
M. Kranz, Schlutup, Westoerstr. 11.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren-Artikel
Hans Kamerhuit
H. Wabmstr. 47.
Wäsche, Kravatten, Unterzeug.

Putzbach & Reimers
Lübeck, Breitestr. 24.
Spezialgeschäft f. Herrenartikel.
Emil Württenberger,
Kohlmarkt 8. — Spez. Hüte — Hüte.
Wäsche, Kravatten, Unterzeug.

Kolonial-, Fettwar.
Karl Barkmann, Schlutup.
P. Draguhn, Schwartau, Lüb.-St. 31a.
Louis Rathmann, Schwartau.
Herm. Kadow, Seeretz.
Heinr. Loppantzen, Seeretz.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am
Platze. Vollständigste Vorführ. lebend-
er, singender, sprechender Photogr.

Kerbw., Kinderweg.
K. Schulmerich, Mühlent-
tor 29.
Wilh. Oldenburg, Hüxstr. 90.
J. Redemann, Oldesloe, Langestr. 9.
Job. Draguhn, Schwartau, Markt 2.

Kurz-Weiss-Wollw.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 51.
Heick & Schmaltz, Sand-
str. 11.
H. Hornbogen, König-
str. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.
Alb. Mehncke, Ecke Aegidienstr. 15.
M. Schläger, Glockengießerstr. 44.
Hans Struve, Königstr. 89.
O. Sünnewald, Lindenstr. 39.
Max Wischedorff, Hüxstr. 123.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
H. Ohde, Mölling.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
J. Kamp, Schlutup.

Lederwaren, Koffer
Alex. Krock, Lübeck, Königstr. 47. a

Manufakturwaren
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 51.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
Johann Dittmer, Drögestr. 12a.
L. Düve, Gr. Burgstr. 32.
Feldmeyer, Slump & Eiberfeld.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Mehncke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.

Theodor Vagt,
Tunken-
hagen 1.
J. Behrens, Entin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Max Kankel, Schlutup.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.
L. Schapp, Schwartau.

Piano-Magazine
Hausmann, Johannestr. 14. Ver-
kauf, Vermiet., Resor.
F. W. Kaihel, Breitestr. 49. Neue u.
gebr. Pian. In all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 59.
am Kreuzweg.
E. Cordts, Seeretz.

Ross-Schlächter.
Reinr. Bibow, Lübeck, Krüsenstr. 16.
Ob. Trave 12. Tel. 1856.
H. Dieckhoff, Pa. Rößlichschwanz.
Logystr. 6.
Marll. — ff. Bes-
te aus u. Gochke-
tes frisch v. Eib.
Dankestr. 34.
Tel. 998. Täglich
frische Schelben und Gachacken.
H. Wulff, Fischergr. 10.
H. Jode, Schwartau, Rantau-Allee 19.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Pflaen, Schwartau.

Schreibwaren
Aug. Burmeister, Fackelnb. Allee 46.
Carl Ehlert, Schwart. Allee 85.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
M. Maxein Wws., Moisl. Allee 40a.
Mühlentor 22 a.
Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.
Otto Wessel, Moisl. Allee 4a.
H. Bruhn, Reinfeld 3. Bahnhofstr. 169.

Schuhwaren
Herm. Bado, Lübeck,
Mühlentor 2.
Baumrösche, Auch Reparatur.
Mariengrube 4 und 39.
E. Baer, Spezial für Arbeiter.
Rollenstr. 3. b. d.
Hainr. Beckmann, Schwart. Allee.
W. Eismuthal,
Kohlmarkt, Ecke Sandstr.
Schwartauer Allee, Ecke Overdeant.
Balauerstr. 5.
P. Beck, MAB. Reparaturen.
Schwartauer Allee 4.
Carl Buchholz, — Record-Str. —
Schuhwaren-Haus,
Mühlentor 27.
H. Fehlauer, Engelsgrube 81.
Holsten-
str. 16.
Franzen & Co., str. 16.
Zum billigen Schuhladen.
W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Radt. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.
Raetz & Kremitt, Georgstr. 40.
Chr. Robion, Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schlenz, Schlum.-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Entin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.

A. Brede, Schwartau.

Bäckereien
Paul Burmeister, Lübeck, L. Lohs. 49.
Dampf-B. u. Kondit.
Dampfbackerei, Hansa
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
J. Eixmann,
Fischer-
grube 47.
T. F. Harichs, Moislinger Allee 43.
Wilk. Epper,
Becker-
grube 76.
H. Jargstorf, Warendorferstr. 36.
Fleischhauerstr.
52. Fein-, Weiß-
u. Grobbäckerei.
R. Kasch
Wilh. Krahn, Fackelnb. Allee 57 a.
Schlum.-Str. 1. Sp.
A. Nöbelmann,
Kond., Feinbäckerei.
Reinr. Tamm, Wickedeckstr. 20.
A. Reinhold,
Entin, Kiekerstr. 34.
Fein-, Grobbäckerei.
Johs. Gode,
Fein-, u. Weißbäckerei.
Reinfeld, Kiekerstr. 12.
Fein-, Weiß-, Grobb.
L. Schmidt,
Schlutup.
Joh. Elvers,
Lübeckerstr. 46.
Reichh. Ware. Reelle Bedienung.
Ad. Hinzelmann,
Wesloer-
str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath,
Schlutup,
Lübeckerstr. 3.
Herm. Steffen, Seeretz.
W. Steinhoff, Travemünde.

Seerd. u. Sarg-Mag.
EBARBY
Hüxstr. 117.
Zur Ruhe.
Georg Behnck,
Lübeck, Warendorferstr. 4. T. 2186.
Central-Beerdtungsanstalt
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
Paulstr. 16. Sarge
in allen Preislagen.
H. Horenburg,
C. Thiessen & Sohn,
Wabmstr. 79. Obem ganzer Beerd.
Eigene Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwart. Allee 193.
C. Weid, Lager fertiger Sarge.
H. Orbel, Entin, Weidstr. 14.
G. Wackentuf, Fackelnb.
Rensefeld, Gr. Lager in
L. Kröger, Holz- und Metallwaren.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Chem. Färb., Wäsch.
Alv. Karstedt, Lübeck, Moisliger-
str. 20. Warend.-St. 39.
C. Monica, Kupferschmeldestr. 13.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmeister, Lübeck, Fackelnb. Allee 46.
Fackelnb. Allee 11.
H. Böttcher, Cig. l. allen Preislagen.

Conrad Hardt
Hüxstr. 126.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Henke's Wwe., Böttcherstr. 39.
D. Kiecke, Königstr. 64. Ecke Hüxstr.
Rob. Kieck, Engelsgrube 80.
F. Langemann, Mühlentor 22 a.
Paul Rückwardt, Sciditstr. 18 C.
gareiten, Lübeck.
Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.
Alb. Meyer, Engelsgrube 80.
Heinr. Möller, Holstenstr. 42.
A. Kiecken, eig. Fabr., Schw. Allee 63.
Königstr. 49. „Alte“
Otto Schlamm, hochf. 8-Pf.-Cigarette.
Karl Schmidt, Töpferweg 70.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
M. Vosgerau, Balauer-
föhr 29.
Carl Wittfoot, Hüxstr. 12.
Wilh. Böhk, Entin, Lübeckerstr. 24.
C. Bruhn, Cigarrenfabr., Reinfeld 4.
H. Timm, Schwartau, Lüb.-St. 2.

Emil Aland,
Wilh. Schmidt Nachfgr., Lübeck,
Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.
Wabmstr. 22.

Paul Boldt,
Ewigstr. 1a.
H. Aufschnitt.
Hans Gerds,
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Markt 2.
Johs. Heick,
Kohlmarkt 14.
Spezialität: Prima Fleischwaren.
Beckergrube 30.
Wabmstr. 1450.
Carl Joost,
Sadawstr. 35. Erst-
Oscar Keil, Schwartauer Allee 65.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
Heinr. Kohl, Moislinger Allee 57.

W. C. Koepcke,
Schlachtereier und Wurstfabrik.
Klingenberg N. 3/4. Telefon 469.
H. Aufschnitt- und Fleisch-Waren.
Braunschweiger Wurstfabrik
Heinrich Kronsbahn, Travellmann-
str. 26/28, Tel. 1439; Hansastr. 93.
Tel. 2182. Prima Fleisch- u. Wurst-
waren. Spezialität: Aufschnitt.
L. Kuntzel, Blücherstr. 22. Pa.
W. Lemecke, An der Mauer 41 a.
Glockengießerstr. 73.
F. Mörck, Kupferschmeldestr. 6/8.
Warendorferstr. 53.
Eck. Schwart. Allee.

Willy Nib,
Holstenstr. 22.
Fennr. 1249 Sp. H.
H. Aufschnitt.
Wurst-Fabrik
Mühlentor 27.
Pa. Fleisch- und Wurstwaren.
Dankestr. 48. Wurst-
Wilh. Patow, Fabrik mit elektr. Betr.
Hüxstr. 79.

Georg Rehder,
Gr. Burgstr. 37.
Telefon: 1772.
Christ. Scheel, Westhofstr. 33.
H. Schmaifeld & W. Mamerow
H. Reiferstr. 26. Telefon No. 2152.
Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55.
Ob. Trave 7.
Carl Tiedt,
Telephon 971.
Mühlentor 81. Pa. Pl.-
u. Wurstwaren.

Gust. Wietzke,
Georg-
str. 37.
Entin, Kiekerstr. 34.
Heinr. Steer, Pa. Fleisch- u. Wurst-
waren.
Moisliger-
Nur gute Ware.
E. Martens, Oldesloe, Brunnenstr. 2.
Pa. Fleisch- u. Wurstwaren.
Heinr. Abrendt, Schlutup.
Schlachtereier und Wurstfabrik.
Schlutup.
Franz Winkler, Lüb.-St. 31.
Prima Fleisch- und Wurst-Waren.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögestr. 12a.
Franzen & Co., Lübeck,
Hüxstr. 118. F. 1189.
Albert Mehncke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Rudolph Karstadt, Entin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
A. Leuz, Oldesloe, Bestherstr. 10.
Ch. F. Stahmer, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.
J. Ramm, Schlutup.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wabmstr. 9.
Breitestr. 24.
Lorenz Richter, str. 30.
Hüx-
Walter Stalbohm, str. 26.
Hans Struve, Königstr. 89.
Joh. Tralow, 11 Ob. Wabmstr. 11.
Joh. Tralow, Spezial: Pelzwaren.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.
G. Woltmann, Breitestr. 27.
Hüte, Mützen, Schirme.

Kolonial-, Fettwar.
H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 32.
Otto Bähk, Friedenstr. 76.
Fredder J. Behm, Hansastr. 97.
Friedr. Berger, Warendorfer-
str. 32.
Johann Bentin, Hüxstr. 42.
J. Binias, Fleischhauerstr. 114.
Adolf Burmeister, Reiferstr. 43.
Johs. Breede, Dankwagstr.